

Erscheinungstag außer Sonntagen
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigensatz: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 5 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 87 536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Das Geheimnis um Brüning.

Was wird aus den Reichsfinanzen?

Der Feuerkampf bei Neuhöfen.

Genauer Bericht aus der Grenzgegend.

Während in den letzten sechs Wochen die Regierung Brüning es sich als größtes Verdienst angerechnet hat, daß ihr entschlossenes Verhalten die Finanzen des Reichs sankt habe und dadurch eine Steuerentlastung von mindestens 600 Millionen Mark für das Jahr 1931 absolut gesichert sei, muß sie jetzt eingestehen, daß weder das eine noch das andere zutreffend ist. Selten sind bombastische Erklärungen einer Regierung so schnell und so kläglich zusammengebrochen.

Die Höhe des Fehlbetrages wird von der Regierung auf 737 Millionen Mark angegeben.

Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 450 Millionen für die Arbeitslosenversicherung, 150 Millionen für die Krisenfürsorge und 137 Millionen für Mindereingänge aus Steuern und Zöllen. Die Schätzung dieser Fehlbeträge ist willkürlich. Es entzieht sich im Augenblick jeder Beurteilung, ob die tatsächliche Entwicklung diese Fehlbeträge vergrößert oder verkleinert.

Langsam lüftet sich der Schleier des Geheimnisses über die Finanzpläne des Kabinetts Brüning. Während Herr Treviranus gestern noch in einer Versammlung in München erklärte, die Regierung werde von allen Kreisen der Bevölkerung Opfer verlangen, hatte der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald bereits am Sonntag mitgeteilt, die Regierung beabsichtige nur Erhöhungen der Massenverbrauchssteuern bei gleichzeitiger Senkung solcher Steuern, die die Kapitalflucht begünstigen. Das scheint auch die Absicht der Gesamtregierung zu sein, die sich heute Nachmittag mit den Deckungsvorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer beschäftigen wird.

Zur Deckung dieser Fehlbeträge sind folgende Vorschläge geplant: Bei der Arbeitslosenversicherung sollen für die restlichen neun Monate des Rechnungsjahres

220 Millionen aus einer einprozentigen Beitragserhöhung und 90 Millionen aus der Kürzung der Leistungen

erzielt werden. Weitere 90 Millionen werden erwartet aus der Verlängerung der Konkingentierung der Zigarettensteuer auf fünf Jahre, etwa 100 Millionen durch eine weitere Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/4 Proz. und 100 Millionen durch ein Rotopfer der Festbesoldeten. Die dann noch fehlenden 150 Millionen sollen durch Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn aufgebracht werden.

Man wird abwarten können, ob das Reichskabinett sich heute diese Vorschläge zu eigen machen wird. Daß es dabei auf große Widerstände in den Regierungsparteien

stößt, hat der Verlauf ihrer gestrigen Fraktionsitzungen deutlich gezeigt. Das Kabinett plant deshalb, um die eigenen Parteien von der Verantwortung zu entlasten und der sonst ziemlich sicheren Niederlage im Reichstag zu entgehen,

einen Teil der Deckungsvorlagen in die Form der Ermächtigung zu kleiden,

durch die der Regierung die Vollmacht gegeben wird, die Steuererhöhungen in der ihr zweckmäßig erscheinenden Form und zu dem von ihr gewählten Zeitpunkt vorzunehmen.

Die Vorschläge selbst zeigen, daß jede soziale Erwägung bei ihnen ausgegallert ist. Obwohl sich im Zentrum dauernd gewichtige Stimmen dafür aussprechen, daß auch die Leistungsfähigen Schichten zur Sanierung der Finanzen mit herangezogen werden sollen, ist dieser Gedanke vollkommen preisgegeben. Statt des Rotopfers der Leistungsfähigen erscheint das Rotopfer der Festbesoldeten in einer Form, die die größten Ungerechtigkeiten enthält. Bei den Einkommen von 3600 bis 8000 Mark soll die prozentuale Belastung gleich hoch sein; die tatsächliche

Belastung wäre also bei den kleinen Einkommen größer als bei den höheren.

Bei den Einkommen über 8000 M. aber soll nur der lohnsteuerpflichtige Teil des Einkommens dem Rotopfer unterliegen. Das bedeutet, daß das Rotopfer für die hohen Gehaltsempfänger nur erhoben würde von ihrem Gehalt, aber nicht von ihren Nebenbezügen oder sonstigen Kapitaleinkommen, so daß damit der Steuerhinterziehung Tür und Tor geöffnet würden. Noch größer aber wäre die Begünstigung der großen Gehaltsempfänger, wenn es zuträfe, daß das

Rotopfer nur von der Lohnsteuer, nicht auch von der veranlagten Einkommensteuer erhoben

werden soll. Dann wäre die prozentuale Belastung der hohen Einkommen nur ein Bruchteil der Belastung bei den kleinen Lohn- und Gehaltsempfänger!

Aus der westpreussisch-polnischen Grenzgegend erhalten wir folgenden Bericht, der auf sicheren Feststellungen beruht:

Der Grenzzwischenfall bei Neuhöfen, Kreis Marienwerder, hat sich entgegen den völlig entstellten Berichten der Warschauer Regierungspresse völlig auf deutschem Boden abgespielt und stellt eine äußerst schwere Grenzverletzung durch den polnischen Grenzdienst dar. Neuhöfen liegt an der Chaussee, die über die im Laufe des letzten Jahres abgebrochene Münsterwalder Weichselbrücke nach Münsterwalde (jetzt Polen) führt. Von der Brücke stehen zur Zeit nur noch drei Pfeiler im Fluß, der Verbleib wird durch eine Fähre aufrecht erhalten. Näher dem Hauptdeich am rechten Ufer der Weichsel liegt im flachen Bogen um den Brückenkopf herum ein zweiter Deich mehr nach dem Landinneren zu. Die Grenze, die allgemein östlich der Weichsel läuft, so daß überall ein schmaler Streifen polnischen Territoriums den Fluß

umfließt, zieht sich an dieser Stelle zwischen den beiden Deichen hin. Auf dem Ramm des zweiten (deutschen) Deiches steht an dem genannten Wege, etwa 30 Meter von der Grenze entfernt, ein deutsches Zollhilfsgebäude, in dem im allgemeinen zu den Zeiten des Fahrverkehrs deutsche Grenzbeamte zur Kontrolle der die Grenze Passierenden stationiert sind. Zwischen den beiden Deichen, immer noch etwa 15 Meter von der Grenze entfernt, ist ein Schlagbaum über den Weg gelegt.

Am Sonnabend, gegen 9 Uhr abends, drangen nun zwei uniformierte Beamte der polnischen Grenzwehr in das einsame Gebäude ein. Es ist zu vermuten, daß sie recht dunkle Zwecke verfolgten.

Auf einen deutschen Kriminalbeamten, der sie stellen wollte, wurde sofort ein Pistolenschuß abgegeben, der den deutschen Beamten am Arm verletzete. Dieser schloß sofort wieder und vermute die Unterkommissar der polnischen Grenzwehr Litzewitsch schwer durch einen Bauchschuß. Der deutsche Beamte erhielt noch zwei nicht lebensgefährliche Verletzungen an der linken Körperseite, dann gelang es, den zweiten polnischen Eindringling zu überwältigen und zu fesseln. Eine an der Grenze auf

wartende Gruppe der polnischen Grenzwehr nahm nun das Gebäude unter Feuer aus Karabinern oder Gewehren. Die Holzwände zeigten etwa 18 Einschläge. Die polnische Grenzwehr trat hierbei zunächst an den unzweifelhaft auf deutschem Gebiet liegenden Schlagbaum heran. Es blieb den deutschen Beamten, die aus ihren Pistolen das Feuer erwiderten, nichts anderes übrig, als durch das rückseitige Fenster, da der Eingang klandig unter Feuer lag, mit den beiden Gefangenen sich zurückzuziehen. Nunmehr kamen einige der polnischen Grenzsoldaten noch auf den Deich und schossen der abziehenden Gruppe nach, glücklicherweise ohne zu treffen. Dann zogen sie sich auf polnisches Gebiet zurück.

Der Verletzte wurde schnellstens ins Krankenhaus Marienwerder gebracht und operiert, ist aber bald gestorben. Der unverwundete Gefangene ist der Grenzwachkommissar (Offiziersrang) Wjedyznanski aus Czeco (Dirschau), der früher im polnischen diplomatischen Dienst gestanden haben soll.

Bei der heutigen Abhörung des Geländes wurden drei polnische Patronenhülsen auf deutschem Gebiet gefunden. Der Zwischenfall hat naturgemäß in Marienwerder erhebliche Aufregung hervorgerufen.

Nach Warschauer Meldungen will die polnische Regierung durch ihre Berliner Gesandtschaft in Berlin Untersuchung des Vorfalls durch eine unparteiische (oder partiatische) Kommission fordern. Alle diese Meldungen sind vorzeitig, denn zuvor muß natürlich die Wahrheit festgestellt werden, was gewiß am besten durch gemeinsame Untersuchung geschehen wird.

Der polnische Gesandte hat gestern spät abends im Auswärtigen Amt persönlich einen Protest gegen Grenzverletzung und Entschädigungsansprüche angemeldet. Beides ist vom Auswärtigen Amt

zurückgewiesen worden. Im preussischen Innenministerium ist zur Zeit ein Vertreter des Regierungspräsidenten von Marienwerder zur Berichterstattung anwesend.

Deutsche amtliche Darstellung.

Marienwerder, 27. Mai.

Die weiteren Ermittlungen über den Grenzzwischenfall haben, wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ergeben, daß kein deutscher Beamter polnisches Gebiet betreten oder über die Grenze Schüsse abgegeben hat. Den entstellenden Meldungen der polnischen Presse gegenüber muß festgestellt werden, daß polnische Beamte die Grenze unbefugt überschritten haben. Zwei dieser Beamten, die im Besitz von Pistolen und Handgranaten waren und die aus bisher noch unbekanntem Grund in die etwa 25 Meter von der Grenze entfernt stehende deutsche Paktkontrollbaracke eingedrungen waren, wurden festgenommen. Sie haben den ersten deutschen Beamten, der sie dort überraschte, sofort mit Schüssen empfangen und ihm die linke Hand durchschossen, so daß er zu seiner Verteidigung die Waffe gebrauchen mußte. Außerdem haben, wie von mehreren unbeteiligten Zeugen beobachtet worden ist, mehrere polnische uniformierte und bewaffnete Beamte die Grenze unbefugt bis zu 25 Meter in deutsches Gebiet hinein überschritten und von der Höhe des Deiches aus den mit den beiden festgenommenen Polen abziehenden deutschen Beamten zahlreiche Schüsse aus Karabinern und Pistolen nachgeschickt. Der Deich verläuft an der fraglichen Stelle ganz auf deutschem Gebiet, und zwar etwa 20 Meter von der Grenze entfernt. In einer Entfernung von 8 bis 10 Meter von der Grenze auf deutschem Boden wurde eine Anzahl Hülsen von Karabinermunition gefunden. Diese können schon deshalb nicht von deutschen Beamten stammen, weil die deutschen Beamten nur mit Pistolen bewaffnet sind.

Spitzenverbände und Krise.

Gemeinsame Tagung des ADOB und des AFA-Bundes.

Die Wirtschaftskrise mit ihren katastrophalen Folgen scheint sich eher zu verschärfen als abzuschwächen. Unternehmertum und Regierung stehen dieser Wirtschaftskatastrophe augenscheinlich hilflos und ratlos gegenüber. Die Maßnahmen, die entweder vom Unternehmertum getroffen oder von der Regierung vorgeschlagen werden, sind eher geeignet, die Krise zu verlängern und zu verschärfen. Deshalb haben sich die großen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund, entschlossen, in einer gemeinsamen Bundesversammlung am kommenden Freitag Stellung zu nehmen zu diesen dringenden Problemen der Gegenwart. In dieser gemeinsamen Bundesversammlung, in der die gewerkschaftlichen Zentralvorstände von 5 1/2 Millionen Arbeitern und Angestellten ihre gewichtige Stimme in die Waagschale werfen werden, werden der Leiter der sozialpolitischen Abteilung des ADOB, Franz Spliedt, über den Schutz der Arbeitskraft, und der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des ADOB, Wilhelm Eggert, über die wirtschaftliche Katastrophenspolitik sprechen. Beide Körperschaften werden dann gemeinsame Beschlüsse fassen.

Die Räumung schreitet fort.

Abmarsch aus Zweibrücken.

Zweibrücken, 27. Mai.

In der vergangenen Nacht ist der Rest der französischen Garnison bis auf ein Abwicklungskommando von etwa 30 Gendarmen abgerückt. Im Laufe des gestrigen Nachmittags hat der Oberbefehlshaber der Rheinarmee, General Guillaumat, in Begleitung eines höheren französischen Offiziers aus Landau eine letzte Besichtigung vorgenommen.

Der mißverständene Minister.

Die „Kölnische Zeitung“ gegen Dr. Moldenhauer.

In der gestrigen Debatte des Reichstags hat eine Rede des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer, die er am Sonnabend in Köln gehalten hat, eine große Rolle gespielt. Die Kritiker der Rede stützten sich auf einen Bericht der „Kölnischen Zeitung“. Dr. Moldenhauer verlor die Kritik zu entgehen, indem er den Bericht als Mißverständnis bezeichnete und von ihm abrückte. So verhielt er sich in der Volleröffnung des Reichstages gegenüber seinen parlamentarischen Kritikern.

Offenbar deswegen von dem Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ zur Rede gestellt, wählte er wiederum der Tapferkeit besseren Teil. Er dementierte sein Dementi vor dem Reichstag und erklärte: „Der Bericht der „Kölnischen Zeitung“ stimmt, er ist nur sehr zusammengefaßt und daher von den Fraktionen in ihrem Sinne ausgelegt worden.“ Bis jetzt bemerkt dazu die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“, daß sie „es also nicht nötig habe, die Zuverlässigkeit ihrer Berichterstattung ausdrücklich zu betonen, sie sei nicht angezweifelt worden.“

Und wiederum ist die Deffenlichkeit in Berlegenheit. Wem soll sie glauben: Herrn Moldenhauer oder der „Kölnischen Zeitung“?

Kartellgesetz und Aktienreform.

Sozialdemokratische Anträge von grundsätzlicher Bedeutung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Etat des Reichswirtschaftsministeriums zwei Anträge von grundsätzlicher Bedeutung eingebracht. Der eine Antrag verlangt die schleunige Vorlegung des Entwurfs eines Kartell- und Monopolegesetzes, das dem Zwecke dienen soll, eine öffentliche Kontrolle der Kartelle und Monopole herbeizuführen und ihre Auswüchse zu beseitigen.

Der zweite Antrag verlangt einen Gesetzentwurf zur Reform des Aktienrechts. Vorbehaltlich einer Gesamtreform, die wegen ihrer großen sachlichen und zeitlichen Schwierigkeiten einer späteren Zeit überlassen bleiben muß, soll zunächst eine Teilreform erfolgen mit dem Ziele größerer Deffenlichkeit und Durchsichtigkeit der Handlungen der Aktiengesellschaften, Beseitigung der Mehrstimmrechtsaktion, Vorschriften über die Ausübung des Stimmrechts und Verstärkung der Stellung der vom Betriebsrat entsandten Mitglieder des Aufsichtsrats.

Handwerkszeug der Mordbanditen.

Ein Dieb und Betrüger Vertrauensmann der Nazis.

Die weiteren Ermittlungen der politischen Polizei über den gewaltigen Tod des Zeitungshändlers Heindurger hat zu einer Hausdurchsuchung bei dem Kaufmann Karl König, der in der Holsteischen Straße 49 wohnt, geführt. Die Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß in der Mordnacht ein brauner Pappkarton mit Waffen und Munition aus dem Lokal von Unger, Brandenburgische Straße 75, in die Wohnung des König gebracht worden war. Bei der Durchsuchung der Wohnung entdeckten die Beamten in einem Versteck den Karton, der eine Maschinengewehr, drei Trommelrevolver und beträchtliche Mengen Gewehr- und Revolvermunition enthielt. Unter der beschlagnahmten Munition befanden sich auch wieder zu Dum-dum-Geschossen umgearbeitete Patronen.

Zu gleicher Zeit erfolgte auch eine Hausdurchsuchung in dem Lokal von Unger. Hierbei wurde ein sechschüssiger geladener Trommelrevolver und ein Gummiknüppel gefunden. Die Suche nach dem Dolch, mit dem Heindurger von dem Nationalsozialisten Westerberger erstochen worden war, verlief ergebnislos. Westerberger hatte nämlich bei seiner Vernehmung angegeben, daß er den Dolch vor und nach der Tat Frau Unger zur Aufbewahrung übergeben hatte. — Wie wir noch erfahren, ist der Kaufmann König Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, Ortsgruppe Wilmersdorf. Er ist verschiedentlich mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und wegen Diebstahls, Unterschlagung und Betruges vielfach vorbestraft.

Kein Straferlaß für Höß.

Der Reichspräsident lehnt Begnadigung ab.

Durch die Amnestie des Jahres 1928 ist die lebenslange Zuchthausstrafe, die Max Höß wegen seiner Beteiligung an mitteldeutschen Aufständen erhalten hatte, in eine 1½-jährige Gefängnisstrafe umgewandelt worden. Höß wurde, nachdem die Reichsanwaltschaft für die Zulassung des Wiederaufnahmeantrages sich ausgesprochen hatte, durch den vierten Strafsenat des Reichsgerichts auf Antrag des Oberreichsanwalts aus der Haft entlassen. Nachdem das Reichsgericht später über den Wiederaufnahmeantrag des Oberreichsanwalts aus formalen Gründen abgelehnt hatte, wandte sich die Verteidigung an den Generalstaatsanwalt beim Landgericht 1. Berlin, mit der Anregung, die Reststrafe von drei Monaten zu erlassen. Heute ist der Verteidiger hienachrichtigt worden, daß der Reichspräsident den Erlass des Strafrestes abgelehnt habe, so daß also Höß, wenn nicht noch eine neue Amnestie beschloffen wird, noch drei Monate zu verbüßen haben würde. Höß hält sich übrigens noch immer in Moskau auf.

Der Telepath im Gerichtssaal.

Hanussens Versuche unter Beifall der Zuhörer.

Leitmeritz, 27. Mai.

In den Montagabendstunden wurden im Leitmeritzer Gerichtssaal unter ganz besonderen Sicherheitsmaßnahmen mit Hanussen die mit großer Spannung erwarteten heilschweren Experimente vorgenommen, die nach einer Feststellung des Vorsitzenden zum größten Teil befriedigend gelöst wurden. Das Publikum stürmte schon einige Stunden vor Beginn der Versuche den Gerichtssaal, wobei es zu unbeschreiblichen Szenen kam und die Gendarmen eingreifen mußte. Nachdem der erste Versuch gelungen war, wurde Hanussen vom Publikum stürmischer Beifall gezollt, so daß der Vorsitzende mit Räumung des Saales drohte. Die Versuche fanden unter starker Gendarmenüberwachung statt. Im Zuschauerraum befand sich eine große Menge von Hochzeiten in Zivilkleidung, während vor und hinter dem Gerichtstisch eine Anzahl Gendarmen aufgestellt waren, die die Aufgabe hatten, die in der Nähe Hanussens befindlichen Personen scharf zu beobachten. Die Aufgaben, die der Gerichtshof Hanussen stellte, bestanden in dem Suchen nach einem versteckten Gegenstand, graphologischen Versuchen, Charakteranalyse auf Grund einer vorgelegten Handschrift, Spezialversuchen mit fünf verchiedenen Schriften und telepathischen Versuchen. Nachdem Hanussen sämtliche Aufgaben unter andauerndem Beifall im Zuschauerraum gelöst hatte, wurde die Verhandlung verlagert. Das Urteil wird am Mittwoch erwartet.

Mißstände im A. A.

Scharfe Kritik im Reichstagsauschuß.

In der Diensttagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgeführt. Vor Eintritt in die Verhandlungen verlas der Berichterstatter Dr. von Freytagh-Loringhoven (DnA.) eine in scharfster Form gehaltene Erklärung gegen die starken Kürzungen seines gestrigen Referates, die in dem von dem Verein Deutscher Zeitungserleger an die Presse gegebenen Bericht vorgekommen seien. Einige der Behauptungen, daß diese Kürzungen auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes vorgenommen seien, und daß der für die Berichterstattung verantwortliche Herr sich in ungehöriger Weise über ihn, den Berichterstatter, geäußert habe, wurden sofort von dem Leiter des Bureau, Herrn Dr. Radlauer, mit größter Bestimmtheit als unrichtig und irrtümlich bezeichnet.

Der Vorsitzende erklärte, er habe auf diese Berichterstattung keinen Einfluß, ihm seien aber auch im Laufe langer Jahre nur einige ganz wenige Male Beschwerden zugegangen. Er müsse im Gegenteil rühmend anerkennen, daß die Berichterstattung trotz der Schwierigkeiten und dem schnellen Wechsel der Beratungsgegenstände, der starken Unruhe, die im Saale häufig herrsche, so schnell und meistens so zutreffend erfolge.

Die Tatsache, daß die deutsch-nationale Presse bereits vor Beginn der gestrigen Verhandlung im Besitz des genauen Manuskriptes des Referates war, läßt die Beschwerde des Abg. Dr. von Freytagh-Loringhoven in besonders eigenartiger Licht erscheinen.

In der Aussprache wies Abg. Heinig (Soz.) darauf hin, daß beim Haushalt des Auswärtigen Amtes zum ersten Male die Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung in Anwendung gebracht worden seien, die von der Entschädigungspflicht der Beamten handle. Bei einigen Titeln habe nämlich das Reichsfinanzministerium die nachträgliche Genehmigung der über die Anläge hinausgehenden Verausgaben verweigert. Der Wille des Ministers, Ordnung in seinen Haushalt zu bringen, werde von der Sozialdemokratie durchaus anerkannt. Aber die Staatsabteilung des Auswärtigen Amtes sei schwächer als die der anderen Ministerien wegen der Schwierigkeiten und Weicherungen, die der Aufendienst mit sich bringe. Der Minister müsse daher grundsätzlich darauf bedacht sein, bei der Staatsabteilung eine größere Nachsicht zu haben.

Der Ausschuh werde sich auch die sogenannten Vorshufkonten des Auswärtigen Amtes sehr genau ansehen müssen. Diese neue Einrichtung des Auswärtigen Amtes werde benutzt, um auf ihr alles abzubuchen, was zunächst nicht bekannt werden soll.

Abg. Graf Westarp (DnA.) erklärte als die würdigste und für Deutschland passendste Repräsentation eine betonte Einfachheit, die im Inlande wie im Auslande von den Spitzen bis zu den unteren Stellen durchgeführt werden müsse. Der vom Minister in Aussicht gestellten Denkschrift über die Kosten des deutschen Aufendienstes im Vergleich zu denen anderer Staaten sehe er mit Interesse entgegen und bitte, in der Denkschrift gleich Vorschläge zu machen, wo und wie gespart werden könne.

Mit ganz besonderer und auffallender Schärfe ging der Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) gegen die Haushaltgebarung des Auswärtigen Amtes vor und bedauerte, daß der gegenwärtige Etatsbezernent, Ministerialdirektor Dr. Schneider, aus dem Amt scheiden wolle. Es sei wertvoll gewesen, daß ein an dem Bau Fremder an wichtiger Stelle gestanden habe. Dr. Cremer führte eine Fülle von Beispielen dafür an, wie eigenmächtig Beamte des Aufendienstes mit dem Etatsrecht des Reichstags umspringen und bezeichnete den Geist, der aus solchen Handlungen spreche, als das Schlimmste und am meisten zu bekämpfende.

In sehr energischer Weise wandte sich der Reichsaußenminister Dr. Curtius dagegen, daß die Denkschrift des Rechnungshofes des Reichshaushaltjahres für 1927, die er noch gar nicht habe einsehen können, gegen sein Ministerium ausgeschachtet werde. Insbesondere müsse er sich dagegen verwahren, daß, wie es auch Dr. Cremer getan habe, einzelne große Ausnahmefälle, die auch er verurteile, als typische Fälle hingestellt werden. Der deutsche Aufendienst sei unter größter und opferwilligster Arbeit aller Beteiligten in den vergangenen Jahren aufgebaut worden und habe sich als ein durchaus wirksames Instrument zur Wiederherstellung des Ansehens Deutschlands erwiesen. Das gehe auch aus allen ihm bekannt gewordenen Äußerungen fremder Chefs ausländischer Missionen hervor.

Bei Beginn der Einzelabstimmungen über den Haushalt des Auswärtigen Amtes ergab sich zwischen den Regierungsparteien ein lebhaftes Durcheinander. Der Abg. Bernbard hat im letzten Augenblick bei etwa 20 Titeln des Haushalts Streichungsanträge gestellt. Seine Fraktionskollege Koch erklärte, daß er diese Streichungsanträge ablehne. Innerhalb der Regierungsparteien ergab sich schon bei der erste Abstimmung solche Zersplitterung, daß die Sozialdemokraten sich bei den weiteren Abstimmungen zu diesen Streichungsanträgen der Stimme enthielten. Das führte dazu, daß die Regierungsparteien bei den dann weiter noch abzustimmenden Streichungsanträgen völlig auseinander fielen, d. h. sie stimmten vollständig durcheinander und gegeneinander mit wechselndem Erfolg.

Der Mörder und seine Briefe.

Kürtlen ist ohne Zweifel der Brieffschreiber. — Weitere Geständnisse.

Düsseldorf, 27. Mai. (Eigenbericht.)

Das Ergebnis der umfangreichen Arbeiten, die die Schriftvergleichs erforschen, gilt noch nicht als abgeschloffen. Es ist bekannt, daß Kürtlen eine Anzahl Briefe geschrieben hat, in denen er seine Taten angegeben hat. Er selbst hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er die Briefe geschrieben hat, um dadurch in die Beobachtung Erregung zu tragen.

Es ist bemerkenswert, daß Kürtlen seinen ersten Brief angeblich Ende September 1929 an ein Düsseldorf Blatt geschrieben hat und ihn selbst zu dem Hausbriefkasten der Redaktion getragen hat. Es handelt sich um den Brief, den er im nächsten Brief an die Polizeiverwaltung näher erwähnte. Jener erste Brief ist niemals zur Kenntnis der Polizei gelangt. Ehe in den eigentlichen Schriftvergleich eingetreten wurde, legte der Schriftvergleichsverständige Dr. Schneller auf Grund seines genauen Studiums der Briefe dem Täter bestimmte Fragen vor über den Text und über besondere Merkmale, die an diesen Briefen ausgefallen waren, und die nur dem Schreiber der Briefe bekannt sein konnten. Diese Fragen hat Kürtlen in einer Weise beantwortet, die seine Urheberschaft der Briefe zweifelsfrei erscheinen läßt. Kürtlen wurde dann durch den Sachverständigen veranlaßt, den Text unter den gleichen Schreibbedingungen auf ähnlichem Papier mit Bleistift zu schreiben. Vergleiche mit dem Original haben eine Uebereinstimmung ergeben, die den objektiven Befund bestätigen, daß Kürtlen der Schreiber der bekannten Mörderbriefe war.

Auch andere Mordtaten auf dem Gewissen?

Düsseldorf, 27. Mai.

Wie inzwischen bekannt wird, soll Kürtlen am Montag gestanden haben, außer den der Deffenlichkeit bekannten Mordtaten noch zwei weitere Morde auf dem Gewissen zu haben. Im Alter von 16 Jahren will Kürtlen im Grafenberger Walde einer Dirne den Hals zugeedrückt haben, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben habe. Ferner will er vor etwa 1½ Jahren in der Umgebung von Essen bei einem Einbruch in eine Wirtschaft in ein Schlafzimmer gekommen sein, wo er einem etwa neunjährigen Knaben den Hals durchschnitten habe, damit ihn dieser nicht verrate. Ein amerikanischer Dntel des Jungen sei damals unter Mordverdacht verhaftet worden. Zur Nachprüfung dieser Angaben hat sich die Düsseldorf Kriminalpolizei sofort mit der Essener und

Mülheimer Kriminalpolizei in Verbindung gesetzt. Wie aus der Vernehmung am Montag noch bekannt wird, will Kürtlen den Mord an der achtjährigen Rosa Dhliger im Jahre 1929 nicht in seiner Wohnung, wie verschiedene Blätter am Montag wissen wollten, sondern an der Stelle begangen haben, wo die Leiche später gefunden wurde. Den Mord habe er abends ausgeführt. Am anderen Morgen um 6 Uhr habe er die Leiche mit Petroleum begossen und in Brand gesteckt. Er bestritt jedoch entschieden, an der Dhliger ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben. Den Fleher Doppelmord, der am 25. August 1929 größtes Entsetzen hervorrief (man fand in den Morgenstunden des 25. August die fünfjährige Gertrud Hamacher und die dreizehnjährige Luise Benzen in einem Gemüsegeld mit zahlreichen Messerfistchen tot auf), will Kürtlen folgendermaßen ausgeführt haben: Die Kinder habe er auf dem Kirnesplatz angeprochen; er sei mit ihnen dann quer über das Feld gegangen. Nachdem er das ältere Mädchen weggeschickt habe, um Zigaretten zu holen, habe er der fünfjährigen Hamacher den Mund zugehalten und ihr die tödlichen Stiche beigebracht. Als das ältere Mädchen zurückkehrte, habe er es dann auf die gleiche Weise getötet.

Köln, 27. Mai. (Eigenbericht.)

In der „Rheinischen Zeitung“ weilt ein Arbeitskollege des Baiters des Düsseldorf Raubmörders, ein Former aus Mülheim, über die traurigen Familienverhältnisse Peter Kürtlen u. a. folgendes zu berichten:

„Ich weiß mich noch gut zu erinnern, daß es sich bei dem Vater des Mörders um einen außergewöhnlich starken und robusten Mann handelte, der auch recht brutal werden konnte. Kürtlen senior trank sehr viel, er war geradezu ein Held im Schnapstrinken. Er konnte eine Kaffeetasse mit Schnaps in einem Zuge austrinken und er hat mehr als einmal eine darauf bezügliche Wette gewonnen. Ich weiß auch, daß es schon wegen der Weibergeschichten des Vaters immer wieder zu Streit in der Familie gekommen ist. Schließlich ging ihm die Frau davon, weil Peter Kürtlen senior kein Mädchen und keine Frau, die ihm gefiel, ohne unzüchtige Attoden ließ. Der Mörder ist also schon sehr früh ohne Mutter gewesen. Soweit ich weiß, hatte Peter Kürtlen mehrere Kinder, darunter Peter, den jetzigen Raubmörder, und eine verheiratete Tochter. Auch an der verheirateten Tochter verging sich der Väter. Er hat deshalb eine hohe Freiheitsstrafe verbüßt. Er ist aber kaum gebessert aus dem Zuchthaus gekommen.“

Kommunisten gegen Arbeiterfrauen.

Neuester Befehl: Störung der Frauendandgebungen.

Zu einer sozialdemokratischen Frauenwerberveranstaltung des Kreises Mitte im Kino des Metallarbeiterverbandes hatten die Kommunisten einen größeren Stoßtrupp zur Durchführung von Störungen nach „bolschewistischer“ Art abkommandiert. Bedauerlicherweise fanden diese Abgesandten noch kurz vor Eröffnung der Feier Einlaß.

Die ausgezeichnete Rede der Genossin Toni Sender, die zunächst über die Stellung der Frau in den verschiedenen Zeitaltern der Geschichte sprach bot den kommunistischen „Gästen“ erst keine Gelegenheit, ihre Zwischenrufe loszuwerden. Schließlich aber ging die altbekannte Schimpferei gegen die Sozialdemokratie los. Genossin Sender fertigte die Schreier richtig ab, sie konnte ihre Ausführungen überzeugend zu Ende führen. Auch die Vorführung des Films „Gittas“ konnte ungestört zu Ende gebracht werden. Die Ansprache der Genossin Gladisch, die dann als Gewerkschaftlerin sprach, erlitt in den Ausrufen hysterischer kommunistischer Frauen, denen man durch Herausgehen an die frische Luft

den besten Dienst geleistet hätte. Nach Schluß der Versammlung stürmte ein Trupp jugendlicher Kommunisten noch die Linienstraße hoch, weil sie glaubten ihren Tätigkeitsdrang in einer Prügelfeier beweisen zu können. Dies scheiterte aber an der Vernunft unserer Genossen. Es kam nicht zu Tätschkeiten. Ein später aufzufahrendes Polizeigewalt, daß die Herumstehenden zerstreuen sollte, fand keinen Widerstand.

Schweres Motorradunglück in Adlershof.

In der vergangenen Nacht ereignete sich in Adlershof am Wiergestell ein folgenschweres Motorradunglück. Ein Berliner Motorradfahrer, der sich nach einem Ausflug aus dem Heimweg befand, fuhr in der Nähe der Gustav-Borgmanns-Brücke mit großer Geschwindigkeit auf einen dort haltenden unbesetzten Lieferwagen auf. Das Rad wurde dabei zertrümmert und der Fahrer sowie seine Begleiterin, ein 19jähriges Fräulein Martha Christoph aus der Petersburger Straße 29, wurden auf den Fahrdamm geschleudert. Die Verunglückten fanden im Köpenicker Kreisrankenhaus Aufnahme, wo das junge Mädchen bald nach seiner Einlieferung an den Folgen eines Wirbelfrakturendrucks gestorben ist.

Die Führerpleite.

Deutschnationaler Appell an den Wähler.

Der völlige Bankrott der Hugenbergischen Führeridee kann nicht krasser beleuchtet werden, als dies in einem Hugenberg politisch nahestehenden Organ, der „Deutschen Zeitung“, durch den Geheimen Regierungsrat Pfundtner geschieht. Pfundtner blickt voll Sorge auf den Verfall der Deutschnationalen Partei. In seiner Verzweiflung schlägt Herr Pfundtner dem Schrei nach dem deutschnationalen Wähler aus:

Ganz unverständlich muß aber dem deutschnationalen Wähler die Haltung in den eigenen Reihen erscheinen! Es ist daher die höchste Zeit, daß auch er, der täglich von den Ja- und Nein-sagern Neuforderungen und Gegenüberungen über sich ergehen lassen muß, sich nunmehr endlich, und zwar möglichst energisch zum Wort meldet.

Doch dies kaum gesagt, kommen Herrn Pfundtner selbst die Bedenken gegen seinen neuerungsfähigen Vorschlag. Woher soll der deutschnationalen Wähler diese Weisheit nehmen?

Ihm ist von jeher eingebämmert worden, daß die Anerkennung des Führerprinzips den Hauptpunkt seines Parteiprogramms bilde und daß sich seine Partei gerade dadurch in bewussten Gegensatz zu dem heutigen parlamentarischen System stellen wolle. Von ihm ist daher stets verlangt worden, daß er den Anordnungen der Führung auch dann zu folgen habe, wenn er ihre Tragweite nicht zu übersehen vermöchte, ja selbst dann, wenn er Zweifel an ihrer Richtigkeit hege. Ihm ist endlich immer wieder klargestellt worden, daß die von ihm gewählten Abgeordneten in erster Linie zur Wahrung der Parteigrundsätze berufen seien, weshalb er ihnen ein besonderes Maß von Vertrauen entgegenzubringen habe. In strenger Beobachtung dieser Grundsätze hat der deutschnationalen Wähler in der Vergangenheit die schwersten Belastungsproben mit übermenslicher Geduld ertragen.

Herr Pfundtner zählt auf, womit der deutschnationalen Wähler sich bisher alles abgefunden habe: mit der Dames-Abstimmung „halb und halb“, mit der Sabotage des Hugenbergischen Freiheitsbegehrens durch deutschnationalen Abgeordnete, mit der Sezession der Treuarbeiter usw. Da mußte sich, meint Pfundtner, dem „unglückseligen Wähler“ von selbst die Frage aufdrängen, wie es ihm selber bei solcher Auffälligkeit ergangen wäre! Und nun gar die Aufsehung der Mehrheit der Reichstagsfraktion gegen den Parteivorstand Hugenberg und den deutschnationalen Parteivorstand! Da soll nun der eingeschüchterte und ans Gehorchen gewöhnte deutschnationalen Wähler — Geheimrat Pfundtner verlangt es von ihm wenigstens — mit der Faust auf den Tisch schlagen, obwohl diese Faust doch nur gewohnt ist, als flache Hand an den Röhrenrand zu fahren!

Bei der Aufstellung der Wahllisten soll der Wähler mit eigenem Besinn alle rebellierenden Abgeordneten aus den Parlamenten hinausschleusen. Denn: „den Einfluß zur Niederlegung eines Abgeordnetenmandats bringen anscheinend nur Mitglieder anderer Parteien auf!“ Dem Artikelschreiber leuchtet sogar die Erkenntnis auf, daß doch die Abgeordneten „ihre Mandate schließlich doch nur der Partei zu verdanken haben“ und daß der Wähler deshalb bei der Aufstellung völlige Klarheit über ihre Haltung verlangen darf.

Das ist von Diktator und Führertum übrig geblieben! Der geistige Bankrott der Hugenberglinge findet seinen stimmungsvollen Ausdruck darin, daß sie die Souveränität des Wählers über die gewählte Führung proklamieren! In der Not frist der Teufel Fliegen, und angesichts des völligen Bankrotts unter Hugenbergischer Führung bekennen sich die Hugenberglinge zu den Grundsätzen der dreimal verfluchten Demokratie!

Severing in München.

Vortrag über die Reichsreform.

München, 27. Mai.

Das in Bayern besonders umstrittene Thema der Reichsreform war Gegenstand eines Vortrages, den Reichsminister a. D. Severing gestern vor einem außerordentlich großen Hörerkreis, vornehmlich Repräsentanten des geistigen Münchens und der studentischen Jugend auf Einladung des akademisch-politischen Clubs hielt und zu dem unter anderem auch der Vertreter der Reichsregierung und der preussische Gesandte in München erschienen waren.

Severing, mit Handschloßchen begrüßt, bezeichnete das Problem der Reichsreform als eine Sonntagsfrage, da heute die Beschaffung von Arbeit angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit die brennendste Sorge sein müßte. Selbst auf die Gefahr hin, gewissen Kreisen in Deutschland als Keher zu gelten, erklärte er, daß das Thema im Augenblick nicht gerade aktuell sei. Severing gab dann eine eingehende Schilderung der Reformbestrebungen seit 1918. Das Jahr 1923 zeige deutlich, daß es in Jahren wirtschaftlichen Niederganges und politischer Zerrissenheit schon eine große Tat sei, wenn es der Reichsregierung und den unitaristischen Gruppen und Parteien gelinge, das unitaristische Gesicht, so weit es unter der heutigen Reichsform vorhanden sei, aufrechtzuerhalten. Zu der Vändertagung bemerkte er, die ganze Einrichtung tranke daran, daß man die Mitgliedschaft in den verschiedenen Ausschüssen an die amtliche Stellung bzw. die Mitgliedschaft in den Reichs- und Vändertagungen knüpfte. Wenn die Reichsregierung jetzt daran gehe, die Mitgliedschaft in den Ausschüssen neu zu bestimmen, so möchte er ihr den Vorschlag unterbreiten, ständige Mitglieder der Ausschüsse einzusetzen. Die bis jetzt vorliegenden Vorschläge der Vändertagung halte er nicht für eine geeignete Einigungsgrundlage, auf der sich das Reich mit dem größten Land, Preußen, verständigen könne. In der preussischen Regierung und in den preussischen Parteien sei man bereit, ein staatliches Eigenleben aufzugeben, wenn Preußen ebenso behandelt werde wie alle anderen Länder. Eine Differenzierung mache Preußen nach seinen authentischen Erfindungen unter keinen Umständen mit. Eine der größten Aufgaben der Regierung werde kein, der deutschen Öffentlichkeit nachzuweisen, was man bei einer rationalisierten Verwaltung sparen könne, und den neuen Vändertyp so bildhaft wie möglich auch vor den primitivsten Staatsbürger zu stellen. Wenn dann die Parteien verfaßten, müsse die Frage zum Volksentscheid gestellt werden, der letzten Endes das Mittel sei, um sie vorwärts zu bringen.

Zwangsetat für die Stadt Neustrelitz. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung den Etat der Stadt abgelehnt hatte, hat das Staatsministerium einen Zwangsetat festgesetzt. Die Handwerker, die gerade wegen der Gewerbesteuer den Belagter abgelehnt hatten, müssen nun statt der abgelehnten 7 1/2 Proz. 8 Proz. Gewerbesteuer bezahlen.

Erziehung des Schauspielers.

Von Eduard von Winterstein.

Von allen Fragen der Schauspielkunst wurde von jeher keine so vernachlässigt, wie die des künstlerischen Nachwuchses, der systematischen Erziehung des werdenden Schauspielers. Wer ist berechtigt zu lehren, der geniale Schauspieler, der, intuitiv schaffend, sich der Naturgesetze seiner Kunst gar nicht bewußt ist, oder der andere, beinahe wissenschaftlich arbeitende, dessen Leistungen ein Produkt aus Talent, Erfahrung, Wissen und Können sind?

Wann soll der junge Mensch auf seine Befähigung zum Schauspielberuf geprüft werden? Vor Beginn seiner Lehrzeit? Gibt es einen Menschen, der reinen Bewußtseins die Verantwortung einer solchen Beurteilung auf sich nimmt? Man lege diese Fragen einer Anzahl von berufenen Vertretern unserer Kunst vor — sozial Köpfe, sozial Meinungen. Sei dem, wie ihm wolle, jedenfalls ist die Klärung all dieser Fragenkomplexe früher nicht mit der Wichtigkeit betrieben worden, die ihr zukommt.

Einen großen Fortschritt bedeutete vor 25 Jahren die Gründung der Schauspielerschule des Deutschen Theaters. Hier wurde eigentlich zum erstenmal der ernsthafte Versuch gemacht, eine systematische, wissenschaftliche, auf langjährige Erfahrung gestützte Erziehung des Schauspielernachwuchses zu betreiben.

Wir, der ich viele Jahre als Lehrer an dieser Schule tätig war, bedeutet die Erinnerung an diese Zeit eine der schönsten meiner ganzen Berufstätigkeit. Es gab eine Zeit, da ich am Unterrichten mehr hing als an Spielen, so künstlerisch ausfüllend und befriedigend war mir diese Tätigkeit. Und ich habe die feste Überzeugung,

daß ich ebensoviel gelernt wie gelehrt habe bei diesem Unterrichte.

Ich hatte früher nie verstanden können, daß Max Reinhardt, den ich als wundervollen Schauspieler kannte und liebte, diese Betätigung seit seiner Regie- und Direktionsführung so vollständig aufgeben konnte — aber da, in dieser Zeit, lernte ich ihn verstehen.

Es ist schon etwas Herzliches, einerseits den jungen Leuten zu zeigen, wie man eine Rolle anpackt, wie man ihr geistig nahekommt, wie man sie zu verstehen hat, wie man sie — mit einem Wort — studiert, und wie man dann mit seinen gegebenen künstlerischen Kräften sie zu meistern versucht. Aber das Allerhöchste bedeutete doch mein eigenes künstlerisches Erleben. Wie bin ich selbst, der ich dieselbe Rolle mit unzähligen vielen, ganz verschiedenen Individualitäten durchstudierte, in die einzelnen Rollen eingedrungen, habe sie bis in die kleinsten Faltchen durchleuchtet und erannt.

Welche große und größte Darstellerin der Gretchen, Märchen, Julia, der Judith, der Iphigenie, der Alara Anton, der Maria Stuart hätte diese Rollen so studiert, wie ich sie studiert habe. Und das schönste Lob, das ich in meiner ganzen Theaterlaufbahn erhalten habe, bedeutete der Ausspruch eines ehemaligen Schülers der Reinhardt'schen Schule: „Sie sind das beste Gretchen der deutschen Bühne.“

Jedenfalls ist mir klar, daß ich selbst unendlich viel gelernt habe beim Lehren, und das scheint mir die schönste Frucht meiner Lehrzeit.

(Aus der letzten erschienenen Festschrift „Fünfundsiebzig Jahre Schauspielerschule des Deutschen Theaters zu Berlin“.)

„Alida“ in der Lindenoper.

Zweites Gastspiel Lauri Volpi.

Noch einmal steht Lauri Volpi im Mittelpunkt des Interesses und des Erfolges. Sein Radames bestätigt den Eindruck des ersten Abends. Das Bild ist weder kompliziert noch problematisch. Wieder ist es das Wunder dieser herrlichen Tenorsstimme, das die Hörer bezaubert. Im gelanglichen — das zeigt sich in „Alida“ mehr als im „Troubadour“ — erreicht er nicht das Vorbild der großen Belcantisten seines Landes; und als Darsteller hat er nicht viel mehr einzusehen als seine sympathische, draufgängerische Jugenbildheit.

Zwei Verdi-Abende der Lindenoper — ihr guter Geist heißt Leo Blech; das musikalische Gesamtbild, Ensemble, Chöre, Orchester, alles ist durchaus erstreblich. Nicht das Bild in allem einzelnen. Unter den Hauptdarstellern ist eigentlich nur Schlußnus, der vermöge seiner sängerischen Überlegenheit — als Lina und als Amnona — dem italienischen Partner gewachsen ist; und dem Oberpriester in „Alida“ kommt Emanuel Biss's mächtiges Bassoorgan zustatten. Weniger gut steht es um die Frauengestalten. Nur Margarete Arndt-Ober, stimmlich allerdings nicht durchaus auf der Höhe, hat als Klouena Größe und Intenstität. Beata Mattin, als Leonore, scheint ein wenig gehemmt, ihr schöner dramatischer Sopran kommt nicht zur Entfaltung. Alida und Amneras — Bioletta de Strazzi und Karin Branzell — erreichen beide nur adäquates Mittelmaß, und das ist ein bißchen wenig. Wertwürdig und doch etwas bedenklich, daß sich aus den vereinigten Berliner Opernhäusern, deren Künstlerpersonal zu Gebote stand, für diese beiden Abende keine glänzendere Besetzung zusammenstellen ließ. Nicht etwa, als seien wir in Sorge, daß sie für das Publikum der 30- und 40-Mark-Plätze nicht gut genug gewesen. Aber wenn schon den Fremden gezeigt werden soll, was die Berliner Oper kann, bis jetzt haben sie noch nicht allzuviel davon zu sehen und zu hören bekommen. Wenn schon Verdi, warum nicht der neu herausgebrachte „Simone Boccanegra“? Es ist unverständlich, daß die Städtische Oper, die sich vom Programm der Berliner Kunstwochen nicht ausschließt, das beste und erfolgreichste Stück ihrer diesjährigen Arbeit darin fehlen läßt. K. P.

Gelehrten tag in Heidelberg.

Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften hatte ihre diesjährige Hauptversammlung nach Heidelberg verlegt.

Geheimrat Dr. von Arzehl sprach über „Die Stellung der Medizin in der Naturwissenschaft“, ein Thema von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der medizinischen Forschung. Von besonderem Interesse waren Arzehl's Bemerkungen zur heutigen Lage der exakten Wissenschaften, vornehmlich der Physik, wo die Entwicklung von der tausenden zur stofflichen Betrachtungsweise führe. Er sieht hier die Wege zu einer neuen Freiheit des Denkens, die in der Biologie und den anderen wissenschaftlichen Disziplinen, die sich mit dem Leben befassen, als Erlösung empfunden werden müßte.

Der Nobelpreisträger, Prof. Otto Meyerhof, sprach sodann über „Die Ausnutzung der chemischen Energie für die Arbeit des Muskels“ und widerlegte die vielfach in Medizinertreisen verbreitete Auffassung, daß die Physiologie ausschließlich dem Gebiet der „Naturwissenschaften“ zuzurechnen sei. Den dritten Vortrag hielt der Chemiker Prof. Dr. Ruhn, gleichfalls vom Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung, über „Sachungefällige Kohlenstoff-Verbindungen“.

In der geschlossenen Mitgliederversammlung der Gesellschaft, die nun folgte, legte Generaldirektor Otm den Geschäftsbericht über das Jahr 1928/29 vor und stellte die Lage der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durchaus optimistisch dar, nachdem sich seit dem Vorjahre eine Reihe erster Befürchtungen zerstreut hätten, zu denen mögliche Rückwirkungen aus der allgemeinen Wirtschaftslage den Anlaß geboten hätten. Die Unterstützung der Gesellschaft durch das Reich, durch deutsche Industrie- und Wirtschaftskreise und nicht zuletzt durch das Ausland — dem „Institut für Zellphysiologie“ sind aus der Rockefeller-Fondation 2,7 Millionen Mark zugestossen — ließe erhoffen, daß sie ihre Aufgabe auch in Zukunft werde durchführen können.

Deutsche Tänzerwoche München 1930.

Die Vorbereitungsarbeiten für den dritten Deutschen Tänzertag in München (19. bis 25. Juni) stehen vor dem Abschluß. Der Kongreß will vor allem drei wichtige Probleme an den Vordergrund stellen: Tanz und Theater. Der Valentanz in kultureller und pädagogischer Bedeutung. Die soziale Lage und Aufgabe des Tänzers. Führende Persönlichkeiten sind als Referenten gewonnen. Zum ersten Thema werden sprechen: Rudolf Schulz-Dornburg, Dr. Felix Emmel und Hans Brandenburg. Die Fragen des Valentanzes wird zunächst Rudolf von Laban be-

handeln; da in diesen Fragenkomplex eine Reihe weltanschaulicher Gesichtspunkte hineingreifen, so werden als Korreferenten einerseits Vater Rudermann, andererseits Martin Weisner aufgestellt. Das dritte Hauptreferat wird auf Grund außerordentlich sorgfältig gesammelten Materials Fritz Böhm hollen. Im Anschluß an alle diese Referate sollen diese Fragen durch Sonderberatungen mit führenden Persönlichkeiten des Tanzes, des Theaters und der Pädagogik noch eingehender behandelt und geklärt werden.

Die außerordentlich wertvollen künstlerischen Darbietungen der verschiedensten Ensembles werden den wichtigen Kongreß künstlerisch ergänzen. Alle Anfragen wegen Teilnahme sind zu richten an die Adresse der Chorischen Bühne e. V., München, Postamt 13, Schießhof.

Pflanzengeographische Studienfahrt in Ostpreußen.

In der Zeit vom 3. bis 13. Juli wird von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege eine botanische Studienfahrt durch Ostpreußen unternommen werden. Als Ort der Zusammenkunft ist Danzig vorgelesen, wo einleitende Vorträge mit der Natur der zu besuchenden Gebiete und mit den Grundzügen der ostpreussischen Vegetationsentwicklung bekannt machen werden.

Die Exkursionen führen an die botanisch bemerkenswertesten und landschaftlich reizvollsten Gebiete der Provinz. Es sind Besichtigungen der Weichselhänge bei Weisenburg, der pflanzenreichen Buchenwälder bei Osterode, wo die Rothbuche die Grenze ihrer Verbreitung erreicht, und der Romintener Heide vorgelesen. Selbstverständlich findet auch eine Führung über die Jehlou, das größte preussische Naturschutzgebiet, statt. Hier soll besonders das Hochmoormoosatum an den Rändern und an den zahlreichen kleinen Hochmoorseen studiert werden. Um die Teilnehmer auch mit den Methoden der Moorforschung bekannt zu machen, werden hier einige Moorbohrungen durchgeführt werden. Die Exkursionen finden auf der Kurischen Nehrung mit einer Besichtigung der Wanderdünen ihren Abschluß.

Neben den botanischen Exkursionen sind auf der Studienfahrt Besichtigungen des Ordensschlosses in Allenstein und der Vogelwarte in Rossitten vorgelesen.

Die Teilnahme an der Studienfahrt steht jedermann frei, doch ist eine sichere Pflanzenkenntnis erwünscht. Zur Deckung der entstehenden Unkosten wird eine Teilnehmergebühr von 15 Mark erhoben werden.

Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege, Berlin-Schöneberg, Grünwaldstraße 87, entgegen, wo auch jede Auskunft über die Studienfahrt erteilt wird.

Ein neuer Dramaturg der Staatstheater. Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist Dr. Adam Rudhoff von der Generalintendantur der Staatstheater als Leiter der dramaturgischen Abteilung der staatlichen Schauspiele verpflichtet worden. Dr. Rudhoff, der zuletzt die Zeitschrift „Die Tat“ im Verlag Eugen Diederichs, Jena, leitete, hat vorher als Dramaturg, Spielleiter und Intendant an der Entwicklung des zeitgenössischen Theaters praktischen Anteil genommen.

„Verband deutscher Tanzkritiker“. Zur Förderung der Tanzkunst durch den Zusammenfluß sachverständiger, auf keine einseitige Richtung festgelegter Kritiker und Schriftsteller, hat sich ein „Verband deutscher Tanzkritiker“ gebildet, dessen Sitz in Berlin ist. Dem Vorstand gehören an: Fritz Böhm („Deutsche Allgemeine Zeitung“) als Vorsitzender, Dr. J. Schifowski („Vorwärts“) als stellvertretender Vorsitzender, Alfred Jürgens („Das kleine Journal“) als Schriftführer, Karl Gustav Grabe („Der Jungdeutsche“) als Schatzmeister, Beda Brüllow („Der Tag“), Dr. Westerer („Berliner Börsen-Zeitung“), Dr. Siebrzyński („Deutsche Zeitung“) als Beisitzer.

Der Verband Deutscher Volksbibliothekare hielt in Berlin mit den Leitern sämtlicher deutscher staatlicher Beratungsstellen für das Bücherwesen eine Tagung im preussischen Kultusministerium ab. Vertreter des Reichsinnenministeriums sowie des preussischen, sächsischen und bayerischen Kultusministeriums nahmen an der Tagung teil, die zum ersten Male die Vertreter dieser so bedeutungsvollen Arbeit zusammenführte. Die Bedeutung der Zusammenkunft lag darin, daß alle Fragen, die die starke Entwicklung der Buchereiarbeit auf dem Lande und in den Städten innerhalb der letzten Jahre mit sich gebracht hat, in Beziehung gesetzt wurden zu dem Aufbau und Ausbau der staatlichen Beratungsstellen. Es wurde deutlich, daß diese die gegebene Fach- und Arbeitsstelle für alle Fragen der bildungspflegerischen Buchereiarbeit sind. Daraus ergaben sich bestimmte Forderungen für ihren weiteren sachlichen und personellen Ausbau.

Es ist zu verhoffen, daß bei der Gröbber-Ausführung des Schiller-Theaters die Bühne nicht mit Möbeln, sondern mit Hügeln ausgestattet war. Und die Russen verwechselten nicht das Theater durch Clownspöhe, sondern sie erzielten es durch solche Akrobatentumstüde.

Die Ausstellung der Großen Berliner Kunstausstellung im Schloß Bellevue findet Mittwoch den 28. Mai statt.

Eine Ausstellung moderner Monumentalmotore. In München wird am 1. Juni eine Sonderausstellung gezeigt werden, die der deutschen und monumentalen Künste der Gegenwart gewidmet ist. Es werden die neuesten Wandmalereien mit Reliefproben, Reliefsen und Zeichnungen gezeigt.

Bülow und der Fall Dreyfus.

Kaiserliche Prestigepolitik mit bewusster Unwahrheit.

Im Haus der Deutschen Presse gab am Montag abend die Deutsche Liga für Menschenrechte den Autoren der Dreyfus-Bücher, Professor Walter Steinthal und Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil, das Wort.

Der Fall Dreyfus ist aus dem viel aufgeführten Theaterstück und den zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Jahre bekannt: Die antirepublikanischen Umtriebe der französischen Aristokraten und Militaristen in den neunziger Jahren, die Verhaftung des jüdisch-elfässischen Hauptmanns Dreyfus, der unter ungeheurer Rechtsbrut — der Kriegsminister Mercier sandte unter Umgehung der Prozessbeisitzenden eine umschriebene Anweisung zur Verurteilung ins geheime Beratungszimmer der Richter! — zu lebenslänglicher Deportation auf die Teufelsinsel verdammt wurde, der Kampf der Zola, Laurès, Scheurer-Kestner und Georges Clemenceau um die Wahrheit, die Entlassung des Spions Walsin-Esterhazy und der Fälscher Henri und Du Paty de Clam vom Großen Generalstab, der Sieg der Demokratie, des Rechtes, der Republik.

Von besonderem Interesse war die Aussprache über

die Rückwirkung des Falles Dreyfus auf die deutsch-französischen Beziehungen und die Rolle, die der damalige Staatssekretär des Auswärtigen, spätere Reichskanzler Bülow in der Frage spielte.

Während Professor Steinthal nach Entschuldigungen für Bülow suchte, kam Rechtsanwalt Weil zu einer schroffen Beurteilung. In Berlin mußte man ebenso wie in Paris, daß Beziehungen zwischen der deutschen Botschaft und französischen Generälen bestanden. Weil Bülow kein Interesse daran hatte, daß die französische Republik durch Bereinigung der Affäre Dreyfus sich sofort wieder die Sympathien der Liberalen und Juden in Europa gewinne, weil er wollte, daß die Angelegenheit „weiter Europa standartere“, verschwiege dem Botschafter Graf Münster die Wahrheit und dulde, daß der deutsche Militärattaché Oberst von Schwarzkoppen angewiesen wurde, seinen Vorgesetzten, den

Botschafter, zu belügen. Graf Münster gab mit gutem Gewissen im Vertrauen auf Bülow und Schwarzkoppen der französischen Regierung feierliche ehrenwörtliche Erklärungen, die diese nicht glauben konnte, weil sie das Beweismaterial für die Unwahrheit hatte. So mußten sich die Beziehungen zwischen Berlin und Paris zuspitzen. Der Kriegsminister Mercier sagte damals: „Wir standen zwei Schritt vom Kriege entfernt. Alle Mobilisierungspläne lagen in meinem Büro auf dem Tisch bereit.“ Der deutsche Botschafter hatte Anweisung, bei einer ungläubigen Haltung der Franzosen ostentativ in Urlaub zu fahren.

Nur die mangelnde Bereitschaft des französischen Heeres hat vielleicht damals den Kriegsausbruch verhindert.

Die Erklärung Bülows vor der Budgetkommission des Reichstages war auf der gleichen Zweckflüge aufgebaut. Bülow hatte sechs Wochen vorher erfahren, daß der für Deutschland arbeitende Spion der Major Esterhazy war, erklärte aber, daß er vor sechs Wochen den Namen des Majors zum erstenmal gehört habe — eine formal richtige, innerlich vollkommen verlogene Erklärung. Weil bezeichnete diese Art von Politik als unehrlich. „Eine eingebildete Staatsraison wurde über Anstand und Wahrheitsliebe gestellt, und dieser ungesunde Zustand, der die Folge eines falschen Systems war, mußte dazu führen, daß dem deutschen Botschafter nicht geglaubt wurde. Während der Hauptmann Dreyfus angeklagt in der Zelle auf der Teufelsinsel lag, wußte man in Berlin, daß er unschuldig war. Das beispiellose Verhalten Bülows ist ein vernichtendes Urteil für die deutschen politischen Methoden der Vorkriegszeit. Die italienische Regierung, die Nutznießer der Spionage Esterhazys war, hat die Wahrheit durch ihren Botschafter offen zugeben lassen.“

Der frühere Botschafter in Paris von der Landen sagte in der Diskussion, daß die Ansicht Merciers, man habe zwei Schritt vor dem Kriege gestanden, irrig sei. In diesem Ausmaße hätten sich die Beziehungen niemals zugepißt.

Pensionierte Offiziere als Lohndrücker.

Von der Ufa bevorzugt.

Im Berliner Arbeitsnachweis der Reichsanstalt für Film-darsteller sitzen 600 Menschen ohne Arbeit, ohne Unterstützung, ohne Brot. Das rührt jedoch den Filmgewaltigen der Ufa keineswegs und er holt sich keine Komparsen aus den Reihen derer, die ihm politisch herzlich zugehen, geldlich „sympathischer“ sind! Statt des festgesetzten Tariflohnes von 15 M. für einen Arbeitsstag, den der Filmkomparse zu beanspruchen hat, begnügen sich die Herren mit weniger als der Hälfte, mit 7 M. Wer wollte da nicht zugreifen bei dieser mehr als günstigen Ramschgelegenheit menschlicher Arbeitskraft!

Nur ist dabei das eine nicht zu vergessen, daß die Herren Preisdrücker diesen Verdienst als willkommene Nebeneinnahme betrachten, da es sich hier meist um pensionierte Offiziere handelt, während der Filmkomparse von diesem Gelde leben muß, und nicht nur einen, oder zwei, oder drei Tage, sondern es dauert oft viele Tage und Wochen, bis er wieder einmal zum Verdienste kommt. Zur besseren Illustration des Gefügten diene, daß eine Beschäftigungstafel unter den Komparsen für die Zeit vom Jahresbeginn bis jetzt das Resultat lieferte, daß der meistbeschäftigte Darsteller während dieser Zeit ganze sechs Tage engagiert war! Gerade bei der jetzigen Hausse an Kriegsgeldern hat sich für die Komparserie ziemlich reiche Beschäftigungsmöglichkeit, die ihnen jedoch von den Herren Stahlhelmen weggeschmuggelt wurde.

Die Ausnahmeregisseure, die verpflichtet sind, ihren Bedarf an Komparsen im Nachweis zu decken, kommen wohl auch pro forma hin, verschwinden aber dann mit der recht durchsichtigen Bemerkung, daß sie hier nicht das „Richtige“ gefunden hätten. Tatsächlich verhält sich die Sache aber so, daß sie eben Befehl von „oben“ erhalten und diesen auch befolgen müssen. Um die über dieses unerhörte Vorgehen aufs äußerste verbitterten Menschen bei guter Laune zu erhalten, erscheint dann plötzlich eines Tages ein Anschlag im Nachweis, wonach für den Tonfilm sogenannte „Geräusche-Macher“ — Lacher, Pfeiser, Schreier usw. — gebraucht würden, die allerdings

nicht bildhaft in Erscheinung treten, trotzdem aber von „richtigen, berufsmäßigen Schauspielern“ dargestellt werden müßten; dieses „geräuschvolle“ Engagement hat sich aber still und leise im Sande verlaufen. Das einzige vorhandene Geräusch macht der knurrende Regen der Gefoppten...

Viel Geschrei und wenig Wolle.

Mageres Ergebnis für die APD.

Dresden, 27. Mai. (Eigenbericht.)

Auch bei der diesjährigen Neuwahl der Betriebsräte hatte die sogenannte Gewerkschaftsopposition (lies: kommunistische Partei) alle Hebel in Bewegung gesetzt, um in den Gemeindebetrieben vor allem die Gas- und Elektrizitätswerte und die Straßenbahn zu erobern. In der kommunistischen Presse waren auch allerlei Siegesmeldungen zu lesen. Wie es aber in Wirklichkeit mit den Siegen aussieht, zeigt eine von der Bezirksleitung Sachsen des Gesamtverbandes vorgenommene Zusammenstellung.

Nach den Berichten aus 70 Ortsverwaltungen sind in 272 gemeindlichen Betrieben insgesamt 738 Betriebsratsmitglieder gewählt worden. Von diesen sind organisiert: im Gesamtverband 653, in anderen freien Gewerkschaften 53, gewerkschaftlich unorganisiert 32. Der APD. gehören davon an 71. Eigene kommunistische „Oppositionslisten“ waren in 7 Orten aufgestellt. Auf diesen Listen sind ganze 43 Mitglieder gewählt worden.

Trotz Krise gewerkschaftlicher Aufstiege.

Gute Arbeit bei den Nahrungsmittelarbeitern.

Die Ortsgruppe Berlin des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hielt am Montag ihre Generalversammlung für das erste Quartal ab. Der Vorsitzende Hodapp teilte mit, daß das Quartal 12 neue Lohnbewegungen gebracht habe, die 13319 Beschäftigte umfaßte. Sechs Bewegungen wurden beendet; zwei brachten Lohn erhöhungen, zwei Verlängerung des Lohnabkommens, zwei waren ohne Erfolg. Es zeigt

sich, daß an den erfolglosen Abschlüssen Arbeiterschaft und Angestellte oft selbst die Schuld tragen. So hatten die in einem Feinstaltwert beschäftigten Arbeiter eine Lohnbewegung eingeleitet. Der Unternehmer schloß sich der chemischen Industrie an. Das Schiedsgericht erklärte, daß der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter zuständig sei und fällte einen günstigen Schiedspruch, der aber vom Unternehmer abgelehnt wurde. Auch Einigungsverhandlungen waren ohne Erfolg. Die Arbeiterschaft gab sich damit zufrieden.

Im Braugewerbe wurde der Kampf gegen das Bierausfahren am Sonntag wieder aufgenommen. Für den Winter hatte man die völlige Sonntagsruhe bereits durchgesetzt; für die Zeit vom 15. Mai bis zum 15. September soll sie im Bedarfsfalle aufgehoben werden können. Die Verhandlungen gehen hier weiter.

Einen erfreulichen Zuwachs weist trotz der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Mitgliederstand auf. Er hat sich im letzten Quartal um 483 Mitglieder vermehrt und betrug am Quartalseschluß 18553. Die vorbildlich gut besuchte Versammlung wählte nach Rechnungslegung der Kasse die Delegierten für die Tagung des Hauptverbandes. Der Vorklassenbestand hat sich um rund 5300 auf 59346 M. erhöht.

Arbeiterregierung und Indien.

Macdonald erklärt Selbstständigkeit der Kolonialvölker als Endziel.

London, 27. Mai. (Eigenbericht.)

Macdonald erklärte in Schottland in einer Rundfunkrede:

„Die Selbstverwaltung der Kolonialvölker ist natürlich das Endziel der Politik der Arbeiterregierung. Man soll sich jedoch hüten, die englische Aufsicht über die Kolonialvölker zu frühzeitig aufzugeben, weil dann die Kolonialvölker sehr leicht Gefahr laufen, in den Zustand zurückzufallen, aus dem sie von England herausgezogen worden sind. Das englische Imperium kann aber nur dann dem Schicksal früherer Weltmächte entgehen, wenn es sich den Notwendigkeiten der Zeit anpaßt. England hat zum Besten der Welt noch eine große Aufgabe zu erfüllen, vorausgesetzt, daß es die Gegenwart erfährt und die Zukunft vorbereitet. Wir haben den Völkern zu beweisen, daß unsere Verwaltung ehrlich und aufrichtig zum Besten der Völker gemeint ist, damit wir sie künftig als gleichberechtigte Partner dem englischen Imperium erhalten.“

Opposition in der Arbeiterfraktion.

London, 27. Mai. (Eigenbericht.)

In der Unterhausdebatte versuchte der konservative Redner die Kommunisten als Quelle des Übels hinzustellen. Der Redner der Arbeiterpartei sprach sich über die Erfolgsaussichten einer britisch-indischen Konferenz sehr zweifelnd aus.

Als der Staatssekretär für Indien Benn in seiner Rede fragte: „Was ist die Pflicht der Regierung?“, rief der unabhängige Arbeiterpartei Redner Brown: „Das letzte, was eine Arbeiterregierung notwendig hat, ist, die schmutzige Arbeit des Imperialismus zu befordern.“

Der bereits angeführte

Mißtrauensantrag des radikalen Flügels der Arbeiterpartei

zur Indienpolitik der Regierung ist für eine spätere Gelegenheit zurückgestellt worden. Der für den Antrag verantwortliche Abg. Jenner Brockway erklärte, daß er diese Entscheidung vorbereitet habe, da es Zeit sei, einen starken Protest zu erheben. Er verlangte eine Amnestie für die politischen Gefangenen in Indien und kritisierte die Unterdrückungsmaßnahmen. Brockway verlor dann eine Erklärung über die Ereignisse in Peshawar vom indischen Standpunkt aus und ersuchte die Regierung, eine unparteiische Untersuchung einzuleiten, die einen Ausgleich ermögliche. Zum Schluß wies er darauf hin, daß sich eine andere Gelegenheit zu einer eingehenden Erklärung über die indische Lage ergeben und daß er bis dahin seinen Mißtrauensantrag zurückstellen werde.

Die Flugzeughallen im Rheinlande sollen nach einer Entscheidung der Botschafterkonferenz nun doch zerstört werden bis auf zwei Hallen in Neustadt.

Die Arbeiterregierung von Neuseeland hat die Militärdienstpflicht aufgehoben. Sie hat damit einen seit 20 Jahren von der Arbeiterpartei geforderten Grundgesetz verwirklicht.

WERTHEIM

Rosenthaler Str.

Billige Angebote

in fast allen
Abteilungen

Wasch-Kunstseide	65 Pf.
<small>moderne Muster, Meter</small>	
Kunstseidener Voile	2 90
<small>große Musterauswahl, ca. 100 cm breit, Meter</small>	
Frauenkleid	10 75
<small>bedruckte Kunstseide, Glockenschall, b. Gr. 50</small>	
Damenmantel	16 50
<small>mod. Tweedstoff, ganz auf Fuller</small>	
Damenstrümpfe	75 Pf.
<small>Seidenflor, mod. Farben</small>	
Damenstrümpfe	1 75
<small>künstliche Waschseide, mit Flor plattiert</small>	
Stubenhandtuch	72 Pf.
<small>Jacquard, Größe 45x100 cm</small>	

Küchenhandtuch	68 Pf.
<small>Reinleinen, Größe 42x98 cm</small>	
Fensterdekoration	8 50
<small>Tüll, 2 Schals und 1 Querbehang mit Volants</small>	
Fensterdekoration	17 25
<small>3 Teile, buntfarbiger kunstseid. Voile</small>	
Bindekragen	95 Pf.
<small>Crépe de Chine, mit Valenciennes-Spize</small>	
Passenkragen	75 Pf.
<small>Crépe de Chine und Ottoman</small>	
Portemonnaie	50 Pf.
<small>Leder, 10 cm lang, mit 3 Fächern</small>	
Damentasche	2 85
<small>Saffian-Mouton-Leder, 18 cm lang, mit 2 Abteilungen</small>	

Der Arzt und sein Studium

Der klinische Unterricht

Für die Neuordnung des medizinischen Studiums haben die medizinischen Fakultäten jetzt die Parolen ausgegeben: „Zurück zur Aufgabe, praktische Ärzte auszubilden! Alle Sonderdisziplinen haben sich diesem Ziele unterzuordnen.“ Hiermit kann man sich grundsätzlich einverstanden erklären. Die Bevölkerung braucht in erster Reihe gutausgebildete und tüchtige praktische Ärzte.

Die Universitäten haben indes nicht nur Aufgaben von Fachschulen zu erfüllen, sondern sie sollen auch der Forschung dienen und bei Lehre und Forschung der inneren Verbundenheit der wissenschaftlichen Disziplinen Ausdruck verleihen. Alles das kann geschehen, ohne die Hauptaufgabe der medizinischen Fakultäten, nämlich praktische Ärzte auszubilden, zu vernachlässigen. Diefem Ziele vermögen sich auch alle medizinischen Sonderdisziplinen unterzuordnen, vorausgesetzt allerdings, daß man das Heimatrecht und die Selbständigkeit der medizinischen Sonderdisziplinen an den Universitäten nicht illusorisch macht. Wenn die medizinischen Fakultäten es als ihre Hauptaufgabe ansehen, praktische Ärzte auszubilden, so hat damit eine etwa beabsichtigte Ausschaltung einer Reihe von Sonderdisziplinen als selbständiger Lehrfächer ganz und gar nichts zu tun.

Die Frage der neuen Fächer

Professor Schied aus Würzburg, der Vorsitzende der medizinischen Fakultäten, führt Klage über die „teils auch von Kreisen außerhalb der Ärzteschaft aufgedrängten neuen Fächer“. Zur ersten Gruppe dieser Fächer rechnet er Neurologie (Nervenkrankheiten), Orthopädie, Röntgenkunde, Urologie (Nieren- und Blasenleiden) und Sportmedizin. Nach Schied „warten“ diese Fächer „auf den günstigen Moment, sich ebenfalls in die anerkannten Fächer einzufügen“. Schied ist Augenarzt. Offenbar ist es ihm entgangen, daß die Augenheilkunde vor wenigen Jahrzehnten in der gleichen Lage war, wie jetzt die eben genannten Fächer.

Schied sagt ferner, es sei richtig, daß die Forschung auf dem Gebiet der Medizin nur vorgetragen werden könne, wenn eine noch größere Gliederung in Wissenszweige statthabe. Er meint aber, damit sei noch lange nicht bewiesen, daß eine solche Aufteilung auch zu neuen Lehrdisziplinen führen müsse. Womit soll denn aber sonst die Notwendigkeit neuer Lehrdisziplinen erwiesen werden? Lebrigens — neuer Lehrdisziplinen? Die erwähnten neuen Fächer haben sich doch vielfach schon vor Jahrzehnten von dem Mutterfach abgespalten. Schied meint nun, jeder Vertreter des „verlassenen Mutterfachs“ (1) sei sehr wohl in der Lage, das für praktische Ärzte nötige den Studenten beizubringen. Wozu nur zu bemerken ist, daß der Vertreter des Sonderfachs es besser machen wird als der Vertreter des „verlassenen Mutterfachs“.

Schied kommt auch auf die Ansprüche der Orthopäden gegenüber den Chirurgen zu sprechen. Es sei da zu einer gewissen Rivalität gekommen, weil die trennende Linie schwer zu finden sei. Schied fragt: „Soll dieser mehr oder weniger die Chirurgen und Orthopäden beschäftigende Streit auf dem Rücken der Prüflinge ausgefochten werden?“ — Durchaus nicht! Der Chirurg und der Orthopäde sollen sich über die Abgrenzung des Gebiets einigen, aber sich nicht wegen jedes Grenzfalls befehden.

Die physikalische Therapie, die medizinische Diätetik und die Psychotherapie stellen nach Schied die zweite Gruppe der Sonderdisziplinen bzw., wie er meint, der „teils von Kreisen außerhalb der Ärzteschaft aufgedrängten neuen Fächer“ dar. Schied sagt: „Die genannten Heilmethoden sind nicht Allheilmittel, für die sie das große Publikum hält.“ Das „Publikum“ ist gar nicht so dumm, einer solchen Ansicht zu huldigen. Schied meint: „Diese Gebiete werden im Rahmen der klinischen Vorlesungen mit der gebührenden Beachtung gewürdigt.“ Darüber kann man ganz verschiedener Ansicht sein! Und wenn Schied gar erklärt: „Werden die Gebiete anschaulich vorgetragen, so finden sie ihren Zuhörerkreis auch ohne jeden Zwang“, so hat diese Tatsache mit der Dozententätigkeit im Rahmen dieser Gebiete gar nichts zu tun; langweilige Vorlesungen, gleich welcher Art, werden von den Studierenden gewöhnlich flüchtigartig verlassen. Schied schließt diesen Abschnitt seiner Ausführungen mit den Worten: „Einseitig eingeschaltete Wasserfanaliker sollen nicht auf der Universität großgezogen werden.“ Wer hat das behauptet? Was soll diese Bemerkung? Schied, seines Zeichens Augenarzt, sieht denn doch die Methoden und die Bestrebungen der Hydrotherapie und der Bädertunde in einem allzu ungünstigen Licht.

Medizinische Akademien?

Auf der letzten Versammlung des medizinischen Fakultätentags hat die Professorenschaft sich auch mit den angeblich neuerdings wieder aufgetauchten Plänen beschäftigt, die darauf abzielen, aus den Krankenhäusern der größeren Städte staatlich anerkannte Ausbildungsstätten für Studierende der Medizin zu machen. Diesen Bestrebungen habe sich der Fakultätentag, wie Schied berichtet, einmütig und entschieden widersetzt; denn er sehe hierin nur den Anfang der Gründung von Medizinischen Schulen, ohne daß dafür irgendein Bedürfnis bestünde. Grundfänglich müsse der Unterricht der Studierenden alleinige Aufgabe der Universitäten bleiben, wo „die Bedingungen hierzu in jeder Hinsicht am besten gegeben seien“. Daß der Fakultätentag diese Stellung eingenommen hat, klingt nicht verwunderlich. Aber wie steht es nun mit der Begründung für diese Stellungnahme?

Erstens wird da behauptet, irgendein Bedürfnis für die Inanspruchnahme der Krankenhäuser der größeren Städte für den genannten Zweck bestehe nicht. Allerdings kann, wenn nicht die Zahl der Medizinstudierenden eine übermäßig große wäre (wofür zahlreiche Hochschullehrer mitverantwortlich sind), die Ueberfüllung der medizinischen Vorlesungen und Kurse an vielen Universitäten ist derart, daß von einem geordneten medizinischen Unterricht kaum noch gesprochen werden kann. Wenn die Zahl der Hörer abnimmt, so sinkt damit nicht das Ansehen einzelner Hochschullehrer! Besonders Medizinischen, besser gesagt, medizinische Akademien, die der Ausbildung der in den klinischen Semestern stehenden Medizinstudierenden sich widmen, zu gründen, wird jetzt im allgemeinen nicht erforderlich sein. Was aber notwendig ist im Interesse des Unterrichts, insbesondere zwecks Herabsetzung der jetzt außerordentlich hohen Gebührenzeit, den Teilnehmern an

den einzelnen medizinischen Vorlesungen und Kursen, das ist die Benützung städtischer und anderer öffentlicher Krankenhäuser, die sich in Universitätsstädten befinden, als Lehr- und Ausbildungsstätten für Zwecke des Universitätsunterrichts. Selbstverständlich mit der Maßgabe, daß die Krankenhaus-Chefsärzte neben ihrem sonstigen Krankendienst auch die Lehrtätigkeit übernehmen. Was in Frankfurt a. M., Hamburg, Köln und Düsseldorf in ganz ähnlicher Weise in dieser Hinsicht vor Jahren ermöglichte, wird auch in anderen Städten sich ermöglichen lassen. Die Gründung medizinischer Akademien dürfte sich während der nächsten Jahre wegen der finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich das Reich, die Länder und die Städte befinden, nicht in Frage kommen; einer grundsätz-

lichen Ablehnung medizinischer Akademien muß jedoch auf das entschiedenste widersprochen werden. Jetzt kommt es darauf an, die oft vorzüglichen Einrichtungen städtischer Krankenhäuser und auch mancher anderen Krankenanstalten und Institute dem Unterricht in Universitätsstädten nutzbar zu machen, weil die Bedingungen für die Medizinstudierenden dort jetzt keineswegs „in jeder Hinsicht am besten gegeben“ sind!

Die Vorschläge, die von Schied und dem Medizinischen Fakultätentag für die Neuordnung des Medizinstudiums gemacht worden sind, bedürfen nach einer sehr ausgiebigen öffentlichen Erörterung und weitgehender Änderungen. Von den verschiedensten Gesichtspunkten aus müssen die Zusammenhänge beleuchtet und die einzelnen Streitfragen einer Klärung und Lösung nähergebracht werden. Jeder, der guten Willens und bereit ist, Vorschläge zu machen und zur Diskussion gestellte Vorschläge zu erörtern, muß hierbei willkommen sein. Jeder, der mag er Dozent oder Student, mag er Arzt oder Richter sein. Nur dann wird die für die Volksgesundheitspflege und die Sozialversicherung so wichtige Frage der Ausbildung der Ärzte in fortschrittlichem Sinne, in modernem, sozialem Geiste gelöst werden können.

Stadtarzt Dr. Alfred Korach.

Das Problem der Eheberatung

Erfahrungen in Thüringen

In Thüringen ist bisher die Arbeit der Eheberatungsstellen nur in ganz geringem Umfange aufgenommen worden. Auf 150 kommunale Eheberatungsstellen, die für Deutschland angegeben werden, entfallen nach einer Statistik in Thüringen nur drei städtische Stellen, zu denen als vierte die des Landkreises Altenburg hinzukommt und weiter die im Vorjahre 1929 eröffnete Eheberatungsstelle des Ortsausschusses für Arbeiterwohlfahrt Weimar. Von den behördlichen Stellen wird mehrfach berichtet, daß die Inanspruchnahme nicht den Erwartungen entsprach. „Unser Stelle führt eine Scheinexistenz“, heißt es einmal. Die Geringfügigkeit des Erfolgs mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Stellen zu sehr nach dem Muster der großstädtischen Einrichtungen geformt wurden und dies nicht den Verhältnissen der Mittel- und Kleinstädte, wie sie für Thüringen in Frage kommen, entspricht.

Als im Laufe des Jahres 1928 der Weimarer Ortsausschuh für Arbeiterwohlfahrt begann, sich mit der Frage der Einrichtung von Eheberatungsstellen zu beschäftigen, schien es deshalb geboten, zunächst die verschiedenen Formen, unter denen die Beratungsstellen arbeiten, zu untersuchen, um daraus zusammenfassend ein für die Mittelstadt geeignetes einheitliches Gebilde zu schaffen. Dabei stellten sich wesentlich folgende Typen als grundlegend heraus: die vorwiegend auf medizinisch-sozialhygienischer Grundlage aufgebauten, wie die Berliner städtischen Stellen, so auch die an Krankenkassen angegliederten in Sachfen und anderswo, die zunächst besonders auf Rechtsfragen eingestellten, wie die in Hamburg, die aus der dortigen Rechtsberatungsstelle hervorging, die erbbiologische Forschung in den Vordergrund stellende, der Neurostation für abnorme Kinder und Jugendliche der Universität Bonn angegliederte, die zunächst fürsorgerisch auf den Frauenschutz bedachten, etwa die Frankfurter Stelle, die dem Bund für Mutterschutz ihre Entstehung verdankt.

Auf Grund dieser Untersuchung gelangten wir die Ueberzeugung, daß die an Eheberatungsstellen herantretenden Fragen so unendlich mannigfaltig und verwickelt sind, daß sie, vor allem, wenn es sich nicht nur um Beratungen vor der Eheschließung, sondern um solche von Eheleuten oder Geschiedenen handelt, in einer großen Zahl von Fällen gar nicht in einen Typ (medizinisch, juristisch, fürsorgerisch) einzuordnen sind, sondern daß in der Mehrzahl der Fälle die verschiedenen Fragen ineinander übergreifen, einander überschneiden. Ebenso ist für die zusammenfassende Arbeit einer Mittelstadt die Spaltung in mehrere verschiedenartig arbeitende Stellen, wie sie durch die Struktur der Großstadt möglicherweise bedingt sein mag, undurchführbar. Da das volkshygienische Interesse in den Vordergrund zu stellen war, nahmen wir Führung mit dem Ärzteverein und den Krankenkassen. Wir eruchten den Ärzteverein um Romhaftmachung eines allgemein gebildeten praktischen Arztes als Vertrauensarzt. Weiter schlug uns der Ärzteverein für einen zu bildenden Beirat einen Neurologen, einen Gynäkologen und einen Dermatologen vor. Damit wurde der in ärztlichen Kreisen bestehende Meinungsverschiedenheit darüber, wer als ärztlicher Leiter einer Eheberatungsstelle in erster Linie berufen sei, der Neurologe, der Gynäkologe, der Dermatologe, der allgemein gebildete praktische Arzt, ausgleichend Rechnung getragen. Weiterer hält die Sprechstunden ab, in besonderen Zusammenkünften mit dem Beirat werden besondere Fragen behandelt, eventuell schwierige Fälle besprochen. Die Spezialisten ihrerseits überweisen nicht selten Fälle aus ihrer Praxis an unsere Stelle.

Die Sprechstunden wurden zunächst zweimal monatlich abgehalten. Außer dem Arzt bin ich oder meine Stellvertreterin anwesend zur Beratung über Fälle, die nicht rein medizinisch zu erfassen sind. Rechtsfragen aus dem Gebiet des Familienrechts sind häufig zu erörtern, gelegentlich solche, die in das Strafrecht oder andere Rechtsgebiete, Sachenrecht, Recht der Schuldverhältnisse usw. übergreifen. Fälle, die eine Vertretung vor Gericht durch den Rechtsanwalt bedingen, werden einem bekannten Parteigenossen, der jetzt als Rechtsanwalt tätig ist, überwiesen. Dieser stellt auch sonst der Stelle seinen Rat zur Verfügung.

Es scheint nach den bisherigen Erfahrungen, daß diese Art der Organisation sich bewährt und das Vertrauen der Bevölkerung genießt, denn die Stelle wurde von Beginn an in Anspruch genommen und dies geschieht in steigendem Maße. Rat-suchende kommen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung; unter 37 Fällen, auf die sich die Statistik der ersten 17 Sprechstunden bezog, waren 20 Frauen und 17 Männer, die teilweise die Stelle mehrfach aufsuchten. In 6 Fällen wurde sie von nicht in Weimar Anwohnern aufgesucht. Ohne Namensnennung, die nicht verlangt wird, kamen 8 Fälle zur Beratung. Medizinischer Rat wurde in 21 Fällen, juristischer in 20 nachgesucht, beide häufig in dem gleichen Fall. Fürsorgerische Beratung kam 5mal in Frage, 3mal kamen dabei wesentlich pädagogische Fragen — schwierig erziehbare Kinder betreffend — in Betracht. Hier spielt gerade die gleiche Frage eine Rolle, die bei der Ausstellung von Heiratszeugnissen im Vordergrund steht, nämlich die der erblichen Belastung, die dann ja auch unter Umständen wünschenswert macht, Maßnahmen zur Begrenzung weiterer Zeugung anzunehmen. Die

Frage der Verhütung der Schwangerschaft ist aber nur ganz vereinzelt an die Stelle herangetreten. Gerade die Familien, bei denen nach fürsorgerischer Meinung eine Beschränkung der Kinderzahl geboten wäre (Fortpflanzung von Gewohnheits-trinkern und anders Belasteten und Asozialen bei schon vorhandener größerer Kinderzahl), gerade diese suchen die Stelle nicht auf, wohl aus eben hier mangelndem Verantwortungsgefühl gegenüber der kommenden Generation. Die Ausstellung eines Heiratszeugnisses wurde in 5 Fällen gewünscht. Bei verschiedener Art von Ehekonflikten (dabei Untreue des Mannes in mehreren Fällen, der Frau nur in einem einzigen Falle) gelang gelegentlich ein Ausgleich, mehrfach konnte das Interesse der Kinder gefördert werden.

Aus dem vorstehenden detaillierten Bericht ist der weite Umkreis ersichtlich, auf den sich eine Beratung, die der gestellten Aufgabe ganz gerecht werden will, erstreckt. Sie umfaßt tatsächlich den ganzen Komplex von Störungen des Familienlebens. Auch an die dem städtischen Wohlfahrtsamt in Jena angegliederte Stelle, die medizinische und Rechtsberatung vorgehen hat, treten so ganz verschiedenartige Fragen heran. Es ist erfahrungsgemäß ganz unmöglich, die ärztlichen Fragen von denen anderer Art zu trennen, selbst da, wo es sich um Ausstellung eines Heiratszeugnisses handelt; Erbbiologisches und konstitutionelle Beratung liegen da an erster Stelle, doch die Ehemöglichkeit wird bei Berücksichtigung dieser beeinflusst durch wirtschaftliche und Wohnverhältnisse und allgemeine Lebensbedingungen.

Es ist nicht uninteressant, daß in Kreisen der bürgerlichen Frauvereine die Gründung von Eheberatungsstellen zur Zeit lebhaft propagiert wird, weil man in einer von Frauen geleiteten Stelle besonders für Frauen verständnisvolleren Rat erwartet als an einer behördlichen Stelle. So schuf der Vaterländische Frauenverein in Steglitz eine Stelle, in deren Sprechstunde weibliche Rechtsanwältinnen tätig sind und die im Laufe des Jahres 1929 von 194 Frauen, aber nur von 40 Männern aufgesucht wurde. Sie hat nach dem Bericht nur eine einseitig orientierte Tätigkeit zu verzeichnen. Für eine Klein- oder Mittelstadt wäre eine derartige einseitige Gründung durch einen solchen Frauenverein nicht eine Lösung der Frage. Andererseits hat die vertrauensvolle Aussprache besonders von Frau zu Frau an einer nicht rein amtlichen Stelle hier Wert. Nach Mitteilungen aus Jena scheinen sich die Leute häufig, die dortige Beratungsstelle aufsuchten, vielleicht auch, weil sie zu leicht dabei beobachtet werden können.

Unser Stelle wird dadurch ergänzt, daß es den Rat-suchenden möglich ist, außerhalb der allgemeinen Sprechstunden ebenso kostenlos den Arzt in seiner Sprechstunde und mich täglich zu bestimmter Stunde aufsuchen zu können. Dabei fühlen sich häufig die Rat-suchenden, vor allem Frauen, freier und unbeobachtet. Natürlich aber — und das muß betont werden — ist das Vertrauen, das zum Nachsuchen solcher ganz intimen Beratung erforderlich ist, wesentlich von der Frage der Persönlichkeit abhängig, zumal in Mittel- und Kleinstädten, wo man die einzelnen Persönlichkeiten mehr kennt als in Großstädten. Nötig ist nach unserer Erfahrung unbedingt, daß die Beratung durch den Arzt vor allem für Frauen, doch sehr häufig auch für Männer, ergänzt wird durch Möglichkeit der Rücksprache mit einer teilten sozial erfahrenden, möglichst etwas in Rechtsfragen orientierten Frau. Nötig ist auch, daß jeder Bürocharakter, der amtlichen Stellen leicht anhaftet, absolut vermieden wird. Es wäre zu erwägen, ob nicht amtliche ärztlich geleitete Stellen durch eine in eben geschildertem Sinne qualifizierte ehrenamtliche weibliche Kraft ergänzt werden können. Das wird auch für Großstädte möglicherweise in Betracht kommen. Eine Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt wird sehr in Betracht gezogen werden müssen, falls nicht überhaupt da, wo behördlicherseits keine Stellen eingerichtet werden, die Arbeiterwohlfahrt eigene Stellen einrichtet. Sie hat gegenüber den solche Gründung planenden Frauvereinen voraus, daß sie nicht eine reine Frauenorganisation ist, daß sie weiter den Krisen zugehört, die vor allem an der gemeinnützigen Eheberatung Interesse haben, weil ihnen die Möglichkeit fehlt, den oft kostspieligen ärztlichen oder anderen Rat privat einzuholen, weil im allgemeinen die Mitarbeiter der Arbeiterwohlfahrt menschlich freier den gerade im Eheleben zu erörternden Fragen gegenüberstehen, als Frauen anderer Kreise. Kleinste Orte, das sei noch gesagt, kommen für Gründung von Eheberatungsstellen kaum in Betracht, weil die Beratung dort schwer distrikt genug gelöst werden kann. Die Beratungsstelle an einem größeren Ort stellt sich zweckmäßig dem Umkreis zur Verfügung. Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft ist anzustreben.

Als letztes folgendes: man schlägt vor, Pubertätsberatung an die Eheberatung anzugliedern. Dagegen bestehen gewisse Bedenken bei uns. Wir haben jedoch auf Grund verschiedener an uns herantretender Fragen medizinisch-pädagogischer Art Mütterabend eingerichtet. Kinder — Eltern — Ehe — das läßt sich nicht voneinander trennen, und wenn man wirklich volkshygienisch und sozialhygienisch aufbauen will, so muß man diese Dreieck die Einheit erziehen. Heuni Lehmann.

Das neue Buch

Das neue Buch

von ungewöhnlicher Schönheit. Hatte sich erschallt und stand auf dem Zenit des reifen, vollen, üppigen Weibes.
War sie aber allein mit sich — was jetzt selten vorkam —, dann war sie ein armes, unglückliches, gebrochenes Weib. Sie klagte sich an, schämte und verachtete sich, verbot sich in ihre Schuld und ließ sich von ihrem Gewissen zerschneiden. Zu N. gehen, sich ihm darbringen, das konnte sie nicht. Aber oft rang sie mit diesem Entschluß.

Nach Villian Blyth verließ das Palais Reads in der Peking-Road. Sollte in ihre Limousine steigen. Auf sie zu trat Mara. Die Tatarin hinderte sie sachte am Betreten des Wagens. Kehrete sich ihr voll zu und sah sie unermüdet an. Was sie vom Kopf bis zum Fuß, aber nicht herausfordernd, beleidigend, sondern forschend.

Villian war von dem Blick der dunklen, ihr völlig fremden Frau betroffen. Frand nicht den Mut, sie zu fragen, wer sie sei, was sie wolle, sondern versuchte diesem unergründbaren Blick Standzuhalten, ihn zu erwidern. Wohl aber war sie nervös und ungeduldig. Mara sprach zu ihr mit ruhiger, dunkelgefärbter sicherer Stimme: „Sie sind Mich Villian Blyth. Ich täusche mich nicht. Es hätte keinen Zweck, sich zu verleugnen. Bevor ich Ihnen den Grund, der mich bewog, Sie aufzusuchen, auseinanderzusetzen, will ich Ihnen sagen, wer ich bin. Ich bin die Geliebte eines Mannes namens N., den Sie zu kennen gewiß in Abrede stellen werden“. Ihre Stimme war drohend geworden. Auch rückte sie näher an Villian heran.

Villian gewann rasch Fassung. Erwiderte geistesgegenwärtig: „Ich stelle nicht in Abrede, diesen Mann, namens N., zu kennen, doch ist es mir gleichgültig, in welchen Beziehungen Sie zu ihm stehen. Ich habe nie das Vergnügen gehabt, Sie kennenzulernen, und halte es für überflüssig, dieses Vergnügen nachzuholen. Ich möchte nicht, was uns zu einer gegenseitigen Aussprache bestimmen sollte.“

Mara packte Villian am Handgelenk. Die ober sich sich los, schwang sich in den Wagen und auf den Führersitz, ließ den Motor antreiben, streckte lachend ihre Hand Mara hin, gab ihr ihre Visitenkarte, damit, wenn sie sie zu sprechen wünsche, sie auf der Karte den dazu gegebenen Ort fände. Gab Gas und fuhr davon. Mara sah mit weit offenen Augen und unermüdeten Blickes dem rasch dahingleitenden Gefährt nach. Sah, wie es in dem Gefühmel des Verkehrs verschwand und mit ihm die lachende Frau, der sie so vieles zu sagen gehabt hätte. Mara stand da, umtost von Lärm und Menschen, regungslos ihren Platz behauptend, unerrichteter Dinge, noch tiefer zurückgestoßen in eine peinliche Ungewißheit. Sie hatte viel Zeit gebraucht, um diesen Schritt zu tun, vieles dabei erzwungen, sich dazu übermunden. Und jetzt stand diese Frau, in deren Hand schon so viele Menschenjensele gegeben waren, da, in namenloser Angst und Bedrängnis, belächelt von einem Weibe. War sie denn wirklich so klein und nichtig, diese dunkelhaarige, schmerzmüde Tatarin? In ihr scholl hoch an, jener barbarische Hoch, der bis zum Verbrechen führt.

Villian aber sah am Volant und steuerte mit beherrschter Ruhe

WAS DER TAG BRINGT.

Zeitansage in Berlin.

Mein Freund Benzolaus Kamm hat wieder einmal seine Uhr verfehlt, zum Einlösen hat ihm bisher — selbstverständlich nur die Zeit gefehlt. Seine Radiobatterie ist hoffnungslos ausgefallen, und so frage ich ihn denn, wie er eigentlich ohne die Kulturerrungenschaft eines Zeitmessers und einer Zeitanlage monatelang auskommen könne. „D. sehr gut“, erwidert Benzolaus, „ich richte mich einfach nach den Zeitungsständen. Sobald ich das „12-Uhr-Mittagsblatt“ erblicke, weiß ich, daß ich mich jetzt in Bewegung setzen muß, um einigermassen pünktlich um 9 Uhr im Amt zu sein. Sobald die „B. Z. am Mittag“ ausgebrüllt wird, wird es Zeit für einen Vormittagschoppen. Lächelt die Fugenbergische „Nachtausgabe“ ihr Rot erstrahlen, so wartet zweifellos mein Mittagessen auf mich, und beim Erscheinen des „5-Uhr-Abendblatts“ weiß ich, daß jetzt meine Verabredung zum 4-Uhr-Nachmittagsstausse fällig wird.“ — „Aber das Abendessen?“ — „D. ganz einfach: Das nehme ich ein, sobald die Morgenausgabe von „Koh“ und „Tageblatt“ sichtbar wird. Du siehst, lieber Freund, die Zeitung erledigt alles.“ Jonathan.

Gymnastik bei der Reichspost.

Da die bisher nur für das Personal großer Fernsprecher-mittlungsstellen eingerichteten gymnastischen Ausgleichsübungen ihren praktischen Wert erwiesen haben, hat der Reichspostminister nunmehr eine Verordnung erlassen, wodurch diese gymnastischen Übungen für dauernd eingeführt und auf das weibliche Personal im Telegraphen-, Postfach-, Kanzlei- und Rechnungsdienst sowie auf das Personal im Verwaltungs- und Bürodienst beim Reichspostministerium und bei den Oberpostdirektionen mit durchgehender Arbeitszeit ausgedehnt werden.

Verräterischer Blutdruck.

Ein kleiner Versuch im „Bedenkenlesen“ kann folgendermaßen gewagt werden. Der „Lesende“ hält die Rechte so, daß der Handteller aufwärts gefehrt ist und daß die Finger emporgekrümmt sind. Auf seine Fingerspitzen legt ein gegenüberstehender Partner die Fingerspitzen seiner nach unten gefehrten Finken mit ganz zarter Berührung. Der Partner wird dann angewiesen, von den Zahlen 1, 2 und 3 eine bestimmte zu wählen und scharf an diese zu denken. Darauf wird vom Bedenkener gefragt: Denken sie an die Eins? — Denken sie an die Zwei? — Denken sie an die Drei? Natürlich

die Limousine durch das Gewimmel und Gemurre der Straßen. Dachte mit einem müden, abgelebten Lächeln an die dunkelhäutige Frau. Sah sie noch immer vor sich stehen mit dem starren Ausdruck von Schmerz und Haß. Hörte ihre Worte, diese dumpfen, schweren Worte. Wie war doch alles das dumm und zwecklos. Wo hiebt sie bereits und wo stand noch diese dickblütige Tartarin! Sie, Villian, war zu Ende mit allem, auch mit ihm, um den die andere mit ihr kämpfen wollte. Sie hatte die Ruffin gut verstanden, sehr gut verstanden. Aber was konnte die noch von ihr wollen? Wozu hiebt sie sie? Villian konnte nichts mehr davon verstehen. Sie wollte auch nichts mehr verstehen. Sie wollte nur leben, so leben wie jetzt, ohne eigentliches Bewußtsein, ohne Sinn.

Mr. Read und Mr. Marin sahen sich gegenüber. Schwiegen, Belouerten sich. Herbe Furchen hatten sich in ihre Gesichter gezeichnet. Ihre Blicke flackerten umst. Es waren wichtige Dinge, die durchgesprochen werden sollten. Aber die Reden der beiden Männer kamen nicht in Fluß. (Fortsetzung folgt.)

Das neue Buch

Galsworthy: Weltbrüder

„Was für eine Aufgabe hat der einzelne?“ — „Etwas eruit zu meinen und zu wollen, darauf kommt es an.“ Diese beiden Sätze aus Galsworthys Buch „Weltbrüder“ können ihm als Motto vorangestellt sein. In ihnen konzentriert sich der Inhalt der vierhundert Seiten. Galsworthy ist ein außerordentlich produktiver Schriftsteller, ein glänzender Stilist, dem das Studium des Menschen immer wieder die eigentliche Aufgabe darstellt, wie vor 200 Jahren sein Landsmann Alexander Pope es in seinem „Essay of man“ wollte. Und nun hat Galsworthy diesen „Essay of man“, diese Studie über den Menschen, selber geschrieben. Nicht wie Pope, eine gereimte philosophische Betrachtung, sondern einen Roman über dieses „Chaos von Gedanken“, wie Pope den Menschen nennt. Kommt Pope zu dem Schluß, daß dieses Wesen, „geboren um zu sterben, denkend um zu irren“ nur eins tun kann: leben, so sagt Galsworthy: ja, leben, aber mit anderen und, so lange es notwendig ist, für andere: vor allem aber tätig leben. „Es kommt darauf an, daß jeder seine Aufgabe erfüllt“ — der Satz findet bei dem Gesellschaftsphilosophen vor 200 Jahren keine Parallele mehr. Die Forderung „Erkenne dich selbst“ heißt bei Galsworthy: erkenne dich selbst in anderen; erkenne dich selbst in der Weltordnung, die der Mensch geschaffen hat und die er duldet.

„Die Weltbrüder“ werden vom Paul-Johnson-Verlag, in dem der Roman in der deutschen Uebersetzung erschienen ist, als der „sozialen Lebensbeichte“ Galsworthys angekündigt. Aber Galsworthy ist nicht der Russe Lostoi, der zerknirscht an seine Brust schlägt: „Brüder, ich habe gesündigt“. Galsworthy weiß zuviel von der Welt, er weiß zuviel von sich selber, um pathetisch zu werden. Er hat in seinem Roman den Seelen, die in seiner Brust wohnen, Gestalt gegeben: Naturtrieb und Kultur, Egoismus und Altruismus stehen sich gegenüber, Teile einer doch unteilbaren Einheit: Mensch. Auf dieser Erkenntnis der Einheit stützen sich Galsworthys Zweifel und Glaube: Zweifel an die Möglichkeit der absolut guten Tat; aber der Glaube an die Tat.

Der Roman ist wieder eine Familiengeschichte aus der englischen Oberschicht; verschiedene Generationen, verschiedenste Temperamente, alle regiert von der gleichen Macht: der Erbsünde. Sie wissen, daß es eine Welt gibt, in der Armut und Elend und Hunger herrschen; aber sie sehen und fühlen sie nicht. Und wenn ein Außenstehender der Gesellschaft — der alte Vater — versucht, in sie einzudringen, so schreibt er ein großartig verworrenes Buch über die „Allgemeine Verbrüderung“, das nie fertig wird, das ihm aber nie Zeit läßt, sich mit der Welt wirklich zu beschäftigen, unter die Menschen zu gehen, mit denen er sich verbrüden will. Von der unheimlichen Jugend kommt die befreiende Tat; befreiend schon darum, weil sie Tat ist, weil sie nicht so lange alles „Wenn“ und „Aber“ abwägt, bis es zu spät zum Handeln ist, sondern zupackt, wo gerade eine Kraft gebraucht wird. Der von seinen Gefühlen geleitete „gute“ Mensch hilft höchstens dem einzelnen; der Menschheit nützt nur, wer erkennt und handelt. Trude E. Schulz.

(39. Fortsetzung.)

Und jetzt war N. da. Ihr Körper, ihre Kerven, ihre Sinne entspannten sich. Ueberlegen steht sie ihm gegenüber. Er sammt gebragt auf sie zu. Legt ein Bündel Papiere auf den Tisch, wortlos, ohne sichtbare Erregung. Lichtlos läßt es Villian dort liegen. Ihr Bild ist voll dem Manne zugekehrt. Der sieht noch ihr. Es ist furchtbar, wie er nach ihr sieht. Villian möchte aufschreien.

N.s Raden hebt sich. Wie kam er hierher? Traumbhaft wandert sein Blick durch den Raum. Er überzeugt sich, daß er wach, daß alles wahr ist. Furchtbar wahr.

Jetzt erinnerte er sich der Worte Villians, die sie hier an gleicher Stelle zu ihm gesprochen hat: „Ich will den Garantiepakt mit Rußland. Ich will Ihre Pläne.“ — Sie sagte dies so einfach, selbstverständlich, zwingend. Und gerade darin lag die Stärke ihres Willens. So einfach, selbstverständlich, zwingend ihr Wunsch, ihr Befehl war, so einfach, selbstverständlich, gezwungen, gehorchte er ihrem Befehle.

Der Einfluß der Frau wirkte auf ihn auch aus der Ferne. Es war wie Hypnose, unter der er stand. Er handelte willenlos und herrschaftlos. Rein. Eigentlich wurde ihr Wille zu seinem. Er stahl förmlich sich selbst die Dokumente aus der Kasse. Ein Dieb war er an seinem Lebenswert geworden. Ja, ein Dieb, denn es gehörte nicht ihm, sondern einem Fremden — Mara. Mara — daran will er jetzt nicht denken. Mara lebt nicht mehr für ihn. Hat nie geliebt für ihn. Aber die — Villian!

Ihre weiße Haut schimmert, blendet ihn. Diese Haut, diese Haare, das Gesicht, ihre Kasse! Haßt er sie nicht?!

Weiß und Gelb!
Kasse würgte Kasse. Es bricht um ihn zusammen. Er fällt, fällt, fällt. Rein, hält sich aufrecht, schiebt sich ganz dicht an sie heran. Seine Hände langen nach ihrem Halse. Will er sie würgen, will er sie töllen? Er weiß es nicht. Und da — die Papiere...

Die weiße Frau schüttelt ihn ab und verwahrt die Papiere in einen eisernen Schrank. Die stählerne Tür fällt dumpf und schwer ins Schloß.

Die Papiere! Verrat! — ein unbändiger Haß lodert in ihm auf. Villian hat den Schlüssel vom eisernen Schrank an sich genommen. N. starrt sie an. Dieses Weib ist ihm fremd! Für die wurde er zum Dieb an seinem Lebenswert? Seinem Lebenswert? Ja! Sein Lebenswert: Kampf gegen die Kasse dieser Frau.

Stand zuvor Weiß gegen Gelb in ihm, so steht jetzt Gelb gegen Weiß.

Die Dokumente und Pläne! Der Verrat darf nicht geschehen: es geht um den Sturz der fremden Kasse! Er muß den Schlüssel haben.

N. steht vor ihr, atemnahe. Rein, jetzt ist er nicht mehr schwach. Jetzt ist er stark, sehr stark. Die Papiere müssen in seine Hände! Er fordert von ihr den Schlüssel.

Sie ist wie erstarrt. Leblos. Rein, sie lebt. Nacht!

Jetzt will er sie anfassen, packen — morden.

N. taumelt zurück. Unmöglich, er kann sie nicht berühren. Es ekelt, es graut ihm vor dieser weißen Haut.

Er stürzt zum eisernen Schrank, Rüttelt. Trommelt mit den Fäusten. Vergebens.

Er heult auf. Nur ein einziges Mal. Dann hat er sich plötzlich wieder in der Gemalt. Verantwortung von den Tötaden überkommt ihn. Gleichmut dem Schicksal gegenüber. Jetzt ist er ganz Asiat.

Er wendet sich und geht. Als Verräter, nicht als Besiegter geht er von hier.

47.
Noch in dieser Nacht war Marin im Besitze der Dokumente und Pläne. Viele Stunden sah er über den Papieren und erforschte jedes ihrer Zeichen. Verschlange sie, wurde von ihnen verschlungen. Da war der Garantiepakt mit der Sowjetregierung. Der letzte Trumpf, den er ausspielen wollte. Und da die Pläne, die genaue Aufstellung der revolutionären Körperkassen, vorgemerkt und eingezzeichnet die Befehle des Telegraphenamts, des Elektrizitätswerks, der wichtigsten Regierungsgebäude, jedes Signal, jedes Verständigungsmittel. Lange mußte daran ein Mensch gearbeitet haben. Viel hingeeben haben an Zeit, Kraft, Energie und vielleicht auch Idealismus. Wie war das alles durchdacht und durchgearbeitet! Etwas Großartiges ging davon aus. Marin war es, als sei dieses Lebenswert viel stärker als er selbst. Eine fremde Stimme sprach aus ihm. N! Ueberall war N.

Marin trank Kognak. Sein Kopf wurde freier, sein Denken leichter. Beherrschte Ruhe kehrte in ihm ein. Er konnte sich meistern. Griff mit harter Hand nach den Papieren. Sie gehörten nun ihm. In keine Hand gegeben, waren sie seiner Willkür unterworfen. Jetzt stand es bei ihm, aus ihnen eine Macht zu entwickeln, mit ihr zu vernichten, sich selbst aber aufzubauen.

Villians Leben begann sich vielfältiger denn je zu gestalten. Im Grunde war es gleichmäßig, öde, einsam. Seitdem N. von ihr gegangen war, lagte, hegte es sie unaufhörlich. Das Erlebnis mit N. war unausschließlich in ihr. Es verließ sie nicht einen Augenblick. Sie ließ jetzt dem Leben nach, suchte es, wo sie es auch immer zu finden hoffte. Hatte keinen Halt mehr, wollte ihn auch nicht haben. Galt in aller Öffentlichkeit als die Geliebte Mr. Reads. Hatte ihre Autos und Pferde, konfuzierte mit den teuersten Damen der Stadt. Trug aber immer Triumph und Sieg davon. War sie doch jetzt

Berichtigung!

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

Hierher, hierher! Eine Gefährdung über Studienfahrt für den Zusammenbruch zum Pfingstfest...



Dienstag, 27. Mai, Berlin.

16.05 Prof. Dr. Bernhard Möllers: Robert Koch und sein Lebenswerk. 16.30 Jugendstunde, (Ursula Bogdanski, Pfingel.)

19.25 Volkstümliches Orchesterkonzert. 21.10 Zeitberichte. Das Für und Wider der Todesstrafe in England.

16.30 Nachmittagskonzert von Leipzig. 17.30 Paul Witko: Hamburgs Anteil an Deutschlands Kultur.

Brennmerkel für die Rehabilitation: Rich. Bernheim, Berlin; Anzeigen: E. Glöck, Berlin, Berlin; Horowitz Verlag G. m. b. H., Berlin.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 27. 5. Staats-Oper Unter d. Linden Teil-Ab. C. Di. No. 10 Jahres-Ab. V. No. 140

Staats-Oper Am Platz der Republik Vorst. 90 20 Uhr Die Stimme von Portici

Staats-Schiller-Theater, Charlitzg. 20 Uhr Gespenster

Direktion: Dr. Martin Zickel Komische Oper Friedrichstr. 104 Täglich 8 1/2 Uhr Majestät lässt bitten

Volksbühne Theater am Blüchplatz. 8 1/2 Uhr Rost von Kirchow und Ouspensky

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr Gespenster

Staatl. Schausph. am Sandermarkt Jahres-Ab. V. No. 125 20 Uhr Wallensteins Tod

Kleines Theat. Merkur 1624 Täglich 8 1/2 Uhr Unwiderruflich letzte Woche

Meyer's sel. Witwe Schwanke von Fritz Friedmann-Fredrich.

Lessing-Theater Weidemann 2291 a. 2444 Täglich 8 1/2 Uhr Frau Peters hat einen Geliebten

Deutsches Theater D 2 Weidemann 5201 8 Uhr Phaea von Fritz v. Unruh

Kammerspiele D 2 Weidemann 5201 8 1/2 Uhr Die liebe Feindin

Die Komödie 11 Bismck. 2414/7514 8 1/2 Uhr Soll man heiraten?

Theat. d. Kottb. Tor Kottb. Str. 6 Tägl. 8 Uhr Elite-Sänger.

SCALA Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr. 8 5 Barb. 0250 Pr. 1-6 M. Wochentg. 5 U. 50 Pf. - 3 M.

PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2 Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2 Alex. E. 4, 8066

CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr Lothring. Str. 37. Die Berliner Posse Rentier Mudicke

LUNA PARK Um der berufstätigen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, rechtzeitig zum FEUERWERK zu erscheinen...

Winter Garten 8.15 Uhr Zenit. 2010-Rauten erlaubt

Theater i. d. Behrenstr. 53-54 9 Uhr A 4 Zentrum 926-927 9 Uhr Vögel, die am Morgen singen

Reichshallen-Theater Allabendlich 8 Uhr Stettiner Sänger

Großes Schauspielhaus 8 Uhr Nur im Mai Die lustige Witwe

Direktion Dr. Robert Klein Deutsches Künstler-Theat. Barbarossa 3937 8 1/2 Uhr Sex Appeal

Berliner Theater Dönhoff 170 8 1/2 Uhr Der Teufelsschüler!

Theater am Schiffbauerdamm Sommerspielzeit! Täglich 8 1/2 Uhr Tratsch

HAUS VATERLAND Restaurant für JEDEMANN

Metropol-Th. Täglich 8 1/2 Uhr Mit Dir allein auf einer einsamen Insel

Barnowsky-Bühnen Theater in der Strassemanstr. Täglich 8 1/2 Uhr Napoleon greift ein

Komödienhaus Täglich 8 1/2 Uhr Meine Schwester und ich

Lustspielhaus Friedrichstr. 236. Bergmann 2922/23. Täglich 8 1/2 Uhr Geschäft mit Amerika

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr Der Bettelstudent

Residenz-Theater Tägl. 8 1/2 Uhr Madonna im Schlafcoupe

ROSE-THEATER Große Frankfurter Str. 132 Billettkasse: Alex. 3422 u. 3404

Pumpen Böhren, Filter-Ersatzteile Preisliste gratis Koblanck & Co.

Trianon-Theater Täglich 8 1/2 Uhr Fri. Julie von Strindberg

PROGRAMM für die Zeit vom 27. bis 29. Mai

KINO-TAFEL

PROGRAMM für die Zeit vom 27. bis 29. Mai

BTL Potsdamer Straße 38

Kammersänger Richard Tauber singt und spricht in seinem neuen Tonfilm: Das lockende Ziel

Rheinstraße 14 (An der Kais.-Eiche) Gösta Berling mit Greta Garbo und Lars Hansson

Odeon, Potsdamer Str. 75 Karriere mit Vivian Gibson, und Walter Rilla (6 Akte)

Turmstraße 12 Die goldene Hölle mit Dolores del Rio

Alexandersstr. 39-40 (Passage) Den ganzen Tag geöffnet! Seelen im Sturm mit Gisa Manes

Friedrichstadt Die Kamera Täglich 3, 5, 7, 9 Uhr

Moabit Artushof-Lichtspiele Film- und Bühnenschau

Welt-Kino Beg. 6.45, 9.00, S. 3, 7, 9 Uhr

Charlottenburg Schütter-Theater Schütterstr. 17

Wilmersdorf Atrium Deba-Palast

Kaiserallee, Ecke Berliner Straße Täglich 7, 9.15 Uhr Sonntag 3, 7, 9.15

Schöneberg Alhambra Wochts. 5, 7, 9 Uhr Stgs. 3, 5, 7, 9 Uhr

Titania (Ufa Schöneberg) Hauptstraße 49 W. 6.30, Himmelf. 3 Uhr

Friedenau Kronen-Lichtspiele Rheinstr. 65 Beg. Woch. 6.30, 9, S. 3 U.

Steglitz Titania-Palast Steglitz, Schloßstr. 5, Ecke Gutsmuthsstr.

Mariendorf Ma-Li Mariendorfer Lichtspiele

Südwesten Film-Palast Kammersäle Teltower Str. 1

Südosten Filmeck Skalitzer Straße, am Görlitzer Bahnhof

Luisen-Theater Reichenerger Str. 34

Stella-Palast Köpenicker Straße 11-14

Wochts. 7 u. 9, Himmelfahrt 8, 7, 9 Uhr

Sternwarte - Treptow Dienst. u. Mittw. 8, Himmelfahrt 4, 6, 8 Uhr

Neukölln Kukuk Wochent. 6.45, 9 U. Himmelf. 5, 7, 9 U.

Excelsior Kaiser-Friedrich-Straße 191

Stern, Hermannstraße 49 Wochentags 6.45, 9, Himmelf. 3, 7, 9 Uhr

Passage-Lichtspiele Bergstraße 151-52

Neuköllner Lichtspielh. Bergstraße 135-37

Nordosten Elysium Film und Bühne

Osten Germania-Palast Frankfurter Allee 314

Luna-Filmpalast Gr. Frankfurter Str. 121

W. 6, Freitag u. Sbd. 5, Sonnt. 3 Uhr

Concordia-Palast Andrastraße 64

Comenius-Lichtspiele Memeler Straße 67

Viktoria-Lichtbild-Th. Frankfurter Allee 48

Schwarzer Adler Frankfurter Allee 99

Kosmos-Lichtspiele Lichtenberg, Lückstraße 70

Friedrichsfelde Kino Busch

Niederschöneweide Elysium

Weißensee Schlosspark Film-Bühne

Norden Alhambra

Müllerstraße 136, Ecke Seestraße

Pharus-Lichtspiele Müllerstraße 142

Marga-Lichtspiele Schulstraße 29

Noack's Lichtspiele Brunnenstraße 16

Prafer-Lichtspiel-Palast Kastanienallee 7-3

Skala-Lichtspiele Schönhauser Allee 80

Colosseum Wtgs. 7 u. 9 Uhr

Gesundbrunnen Alhambra

Ballschmied-Lichtsp. Badstraße 16

Kristall-Palast Prinzenallee 1-6

Der große Tonfilmfolg: Das lockende Ziel m. Rich. Tauber

Pankow Palast-Theater W. 6.30, Stg. 5, 7, 9 U.

Tivoli, Pankow Berliner Straße 27

Niederschönhausen Film-Palast

Tegel „Kosmos“ Filmbühne

Filmpalast Tegel

Union-Theater Hauptstraße 3

Filmpalast Beg. W. 6, 8.30